

ver.di Jugend

SOLI- DARITY READER



ver.di Jugend

SOLI- DARITY READER

VORWORT

[ver.di Jugend](#) → 06

SOLIDARITÄT

[Carolin Hack](#) → 08

FEMINISMUS

[Miriam Hagelstein](#) → 14

ANTISEMITISMUS

[Matthias Schröder](#) → 20

RASSISMUS

[Rosa Fava](#) → 26

(LOKAL)PATRIOTISMUS

[Nadja Zillken](#) → 32

AfD

[Stefan Dietl](#) → 38

NEUE RECHTE

[Marco Schott](#) → 44

IDENTITÄRE

[Steven Hummel](#) → 50

ARGUMENTE

[Hans Stephan, Marcus Drobny, Michael Roßner,](#)
[Paul Schmidt & Steven Hummel](#) → 56

GLOSSAR

[Dr. Mark Haarfeldt](#) → 68

VORWORT

Solidarity — Gemeinsam stark!

Du hältst den Solidarity-Reader der ver.di Jugend in den Händen und bist damit kurz davor, dir eine Übersicht zu verschaffen, warum es als Gewerkschafter*in immer wieder wichtig ist, klare Kante zu beweisen.

Auch wenn es im Betrieb wie im alltäglichen Leben viele Möglichkeiten gibt, gegen Diskriminierung und Ausgrenzung vorzugehen, fällt es in den konkreten Situationen dann doch oft nicht leicht, die richtigen Worte zu finden. Manchmal ist der Moment dann auch schon vorbei und lässt ein mulmiges Gefühl im Bauch zurück, dass da etwas gerade nicht okay war. Dieser Reader soll auf der einen Seite darüber informieren, warum sich einige Ausgrenzungsmechanismen so hartnäckig halten. Auf der anderen Seite soll er Mut machen, sich gegen Ausgrenzung zu stellen und klare Kante zu beziehen – denn gemeinsam sind wir stark!

Im Reader wird zunächst darauf eingegangen, warum Solidarität im Betrieb oder der Dienststelle so wichtig ist und was wir für ein mit- statt gegeneinander im Betrieb oder der Dienststelle tun können. Der zweite Text zeigt auf, was Feminist*innen vergangener Generationen für uns erkämpft haben. Es folgt ein Text über Antisemitismus, der herausarbeitet, was es mit dem Antisemitismus auf sich hat und warum Israel für Jüdinnen und Juden so wichtig ist. Der vierte Text nähert sich dem Begriff Rassismus. Der folgende Text arbeitet heraus, warum Patriotismus per se gefährlich ist und der sechste Text befasst sich mit der AfD und ihren arbeitnehmerfeindlichen Positionen. Daraufhin wird die Neue Rechte unter die Lupe genommen und sich dezidiert mit der Identitären Bewegung befasst. Die letzten beiden Teile des Solidarity-Readers sollen dir dabei ein bisschen Handwerkszeug mitgeben. Hier werden Argumentationsstrategien gegen Pöbeleien gegen Geflüchtete aufgezeigt und es werden Begriffe und Zeichen erklärt, die im Nazimilieu benutzt werden.

Die Texte in diesem Reader sind von Aktiven der Gewerkschaftsjugend oder von Kolleg*innen aus Organisationen geschrieben worden, die uns und unserer Arbeit nahestehen. Die Autor*innen für diesen Reader angefragt und die Texte nochmal gesichtet hat die Reader-Arbeitsgruppe der Support Crew zum #noTddZ. Sowohl euch als auch den Autor*innen gebührt ein dickes Danke für euren großartigen Einsatz gegen Ausgrenzung und Hass und für die Solidarität

Carolin Hack

SOLI- DARITÄT

Warum ist Solidarität im Betrieb wichtig?

»Mir geht es doch gut an meiner Arbeitsstelle. Was die anderen machen, ist mir egal.« Solche oder ähnliche Aussagen sind den meisten gut bekannt. Und auch wenn es oft nicht gesagt wird – gedacht wird es doch immer häufiger. **Solidarität** – ein Wert des Zusammenhalts und des gegenseitigen Einsatzes füreinander – schwindet in der Praxis immer mehr zugunsten der Maxime: »Wenn jede*r an sich denkt, ist an alle gedacht.«

Woher kommen solche Tendenzen heutzutage?

Unsere Gesellschaft und unser Arbeitsleben sind geprägt von **Individualisierung, Differenzierung und Entsolidarisierung**. Die Leistungsgesellschaft – so wird es propagiert – stellt immer mehr den/die Einzelne*n in den Fokus. Jede*r ist ja selbst dafür verantwortlich, dass es ihm/ihr gut geht. Schon in der Schule wird uns deutlich gemacht, dass es die Schuld des/der Einzelnen ist, wenn Leistungen nicht erbracht werden (können) oder das individuelle Wohlergehen leidet. Mensch wird zur/zum **Einzelkämpfer*in** ausgebildet. Und dies setzt sich im Berufsleben fort. Unterstützt wird diese Konzentration auf sich und den eigenen (Teil-)Bereich dadurch, dass Arbeitsprozesse differenzierter, das heißt kleinteiliger werden. Dies lässt sich an einem Beispiel verdeutlichen: War es noch vor einiger Zeit die Aufgabe einer Pflegekraft, dem/der Patient*in sowohl das Essen anzureichen, als auch bei der Körperpflege zu unterstützen, Blutdruck zu messen, zum Röntgen zu begleiten und den Beistelltisch zu reinigen, werden diese Aufgaben heute mehr und mehr von vielen unterschiedlichen Arbeitskräften übernommen. Für jede einzelne Teilaufgabe, gibt es unterschiedliches Personal. Das kann gut sein, denn die Pflegekraft wird entlastet. Es entfremdet aber auch von dem Gesamtprozess und kann dazu führen, das große Ganze aus dem Blick zu verlieren. Die Pflegehelfer*in verantwortet das Blutdruckmessen, die Pflegekraft die Konsequenzen, die der Wert des Blutdrucks mit sich bringt, das Personal des Transportdienstes verantwortet die Begleitung zum Röntgen und die Reinigungskraft die Sauberkeit des Beistelltisches. Vielleicht wurden sogar Bereiche wie der Reinigungsdienst oder der Transportdienst bereits »outgesourct« – das heißt an Subunternehmen abgegeben – und die entsprechenden Mitarbeiter*innen gehö-

ren einer anderen Firma an, weil diese Vorgehensweise für das eigene Unternehmen preisgünstiger ist. Alle Arbeitnehmer*innen arbeiten also an einem Gesamtprozess – der Versorgung einer/eines Patient*in. Passt ein Fehler in diesem Prozess, sind Auswirkungen für alle direkt zu spüren. Der Umgang mit solchen Fehlern ist jedoch oftmals, dass die Kolleg*innen nicht vom/von der Chef*in, sondern aus den Reihen der Beschäftigten sanktioniert werden. Herkunft oder Sprache, Qualifikation, erlernter Beruf, Vorerfahrung, Firmenzugehörigkeit, Alter – all das sind heutzutage Vorwürfe, die dann zum Tragen kommen. Die Probleme, die dahinterstecken – also z. B. fehlende Zeitressourcen, mangelnde Qualifikationsangebote, fehlendes Personal – werden zunächst nicht gesehen. Es scheint einfacher, den eigenen Kolleg*innen Vorwürfe zu machen, als die Vorwürfe an den/die Arbeitgeber*in zu richten. Differenzierung bedeutet also auch Entfremdung.

Differenzierung und Arbeitsteilung können durchaus gut sein, wenn die am Gesamtprozess mitwirkenden Menschen sich trotz allem als Team begreifen. Am vorangegangenen Beispiel wird erkenntlich, dass Solidarität unter den gemeinsam agierenden Berufsgruppen inner- und überbetrieblich funktionieren muss, um ein gutes »Gesamtergebnis« zu erreichen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Beschäftigten ein Gefühl für den gesamten Prozess/das Produkt entwickeln und nicht nur für ihren eigenen Teilprozess.

Individualisierung und Differenzierung als gesellschaftliche – und betriebliche – Prozesse führen (oftmals begleitet von Druck oder Einschüchterung seitens des/der Arbeitgeber*in) unter anderem dazu, dass eine Entsolidarisierung stattfindet. Jede*r konzentriert sich auf sich selbst und kämpft alleine dafür, dass es dem eigenen Selbst gut geht. Aber erreichen wir das größtmögliche Wohlergehen für uns selbst wirklich durch Entsolidarisierung? Ohne den Blick auf unsere Kolleg*innen?

Ein Blick auf die individuelle Arbeitssituation zeigt in vielen Fällen, dass Überstunden mehr werden, der Leistungsdruck größer, die Arbeitszeit länger, Ruhepausen geringer, die Bezahlung erhöht sich nur geringfügig. Personalgespräche, in denen es um die Optimierung der Arbeit geht, Abmahnungen und Kündigungen – all das ist keine Seltenheit mehr. Wie sehen hier individuelle Lösungen aus? Keine Überstunden mehr machen,

sich dem Leistungsdruck als einzige*r eben nicht mehr beugen – möglich. Aber verändern würde sich das System nicht. Nur der Druck auf diese Einzelperson würde steigen.

Doch warum ist das so?

Im Arbeitsleben stehen sich zwei grundsätzliche Interessen gegenüber: **Arbeitgeber*innen** repräsentieren dabei meist die **Seite des Kapitals**. Die Interessen sind hier eine Profitmaximierung, einhergehend mit einem geringen Lohn für Beschäftigte, möglichst viel Arbeitsleistung in wenig Zeit oder wenig Urlaub für die Beschäftigten. **Arbeitnehmer*innen** stehen für die **Seite der Arbeit**. Die Interessen, die aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft entstehen, sind ein möglichst hoher Lohn, möglichst geringe Arbeitszeiten oder viel Erholungszeit. Dass sich diese zwei Seiten widersprechen und es oft knallt, ist dabei vorprogrammiert. Zunächst einmal ist das **Kräfteverhältnis** zwischen diesen zwei unterschiedlichen Seiten ziemlich eindeutig: Der/Die einzelne Arbeitnehmer*in sitzt am kürzeren Hebel. Das wird anhand des Beispiels mit den Überstunden ersichtlich: als einzelne*r Arbeitnehmer*in »Nein« zu sagen, ist schwierig. Doch was würde passieren, wenn keine*r mehr Überstunden machen würde? Das Kräfteverhältnis würde sich verändern. Nur schwerlich könnte der/die Arbeitgeber*in nun alle sanktionieren. Die Folge wäre wahrscheinlich eher, dass die Kapitaleseite dennoch interessiert daran ist, dass die Arbeit erledigt wird. Sie muss folglich Personal einstellen, um diese Mehrarbeit abzudecken. In diesem Beispiel wäre die Lösung, die durch ein solidarisches Miteinander erreicht wurde, besser für jede*n Einzelne*n. Besser als jede Einzellösung, die hätte gefunden werden können.

Dieses Beispiel ist jedoch nur eines von vielen. Herausforderungen wie die **Entgrenzung von Arbeitszeit**, **Digitalisierung** und deren Einfluss auf unser Arbeiten werden – auch für den/die Einzelne*n – nicht zufriedenstellend gelöst werden können, wenn jede*r sie für sich selbst lösen möchte. Es klingt nach den ganz großen Problemen, die ja so weit weg von jeder Einzelperson sind. Doch ist das wirklich so? Viele Arbeitnehmer*innen sind konfrontiert damit, dass mehr Technik und digitale Tools eingesetzt werden, die Arbeitsmenge jedoch nicht ab- sondern auch noch zunimmt. Viele Arbeitnehmer*innen kennen die Situation, Über-

stunden machen zu »müssen«. Viele Arbeitnehmer*innen erinnern sich daran, dass die letzte Gehaltserhöhung höher hätte ausfallen können, ja teilweise sogar müssen, um sich und die Familie gut zu versorgen. Die Entwicklungen tendieren in Richtung mehr Arbeit, weniger Lohn für Beschäftigte, weniger Freizeit für Beschäftigte. Diesen Entwicklungen kann nur entgegengetreten werden, wenn sich Arbeitnehmer*innen im Betrieb und überbetrieblich zusammenschließen. Nicht unter Kolleg*innen gegeneinander kämpfen, sondern gemeinsam gegen diese Entwicklungen kämpfen. Wenn wir weiter und zunehmend gegen unsere Kolleg*innen kämpfen, schwächen wir uns am Ende selbst. Das Wir-Gefühl darf nicht bei uns selbst aufhören, sondern muss darüber hinaus auf unsere Kolleg*innen im Betrieb und auch Kolleg*innen aus anderen Betrieben und Branchen ausgeweitet werden, um den bestmöglichen Effekt für jede*n einzelne*n Arbeitnehmer*in zu erreichen.

Und wie kann das in den Betrieben umgesetzt werden?

In kleinen Betrieben ist es wichtig, Räume für Austausch, Begegnung und Gespräche zu schaffen. Ein Interesse an dem/der Anderen ist hierbei fundamental. Ziel dieses Austausches sollte es sein, gemeinsame Strategien zu entwickeln, wie mit betrieblichen Problemen umgegangen werden kann. Eine Unterstützung durch die Gewerkschaft ist dabei stets sinnvoll.

In größeren Betrieben gibt es das Recht, Betriebs- oder Personalräte bzw. Jugend- und Auszubildendenvertretungen zu wählen. Diese haben einen gesetzlichen Anspruch darauf, sich rechtlich, organisatorisch und persönlich schulen zu lassen, um die Interessen der Beschäftigten adäquat vertreten zu können. Diese Interessenvertretungen sind Ansprechpartner*innen im Betrieb und angewiesen auf den ständigen Austausch mit den Beschäftigten. Betriebs- und Personalräte, bzw. Jugend- und Auszubildendenvertreter*innen sind an dieser Stelle jedoch noch mehr als reine Ansprechpartner*innen. Sie haben bei vielen Themen das Instrument der Mitbestimmung an der Hand. Das bedeutet, dass ohne ihre Zustimmung, eine Maßnahme des/der Arbeitgeber*in, die sich negativ auf die Beschäftigten auswirken würde, nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Damit diese Interessenvertretungen jedoch ein tatsächliches Gegengewicht zur

Kapitalseite im Betrieb darstellen, benötigen sie Rückendeckung und die Legitimation der Beschäftigten. Gegaart ist die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung stets mit einer starken Gewerkschaft. Gewerkschaft und Betriebs-/Personalrat bzw. JAV arbeiten eng zusammen, denn die Arbeit der Gewerkschaft, durch beispielsweise Tarifverhandlungen, hat Auswirkungen auf den Betrieb und andersherum.

Dadurch können inner- und überbetrieblich Verbesserungen erreicht werden. Dadurch, das meint nicht nur durch das Bestehen von Betriebs-/Personalräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen oder einer Gewerkschaft. Dadurch, das meint durch gelebte Solidarität!

»Mir geht es doch gut an meiner Arbeitsstelle. Was die anderen machen, ist mir egal.« Ja? Ist das wirklich so?



Carolin Hack ist gelernte Gesundheits- und Krankenpflegerin und aktive Gewerkschafterin in der ver.di Jugend.

FEMINISMS

Miriam Hagelstein

Let's Talk About Sexism

Im Kindergarten, in der Schule, in der Ausbildung und auf der Arbeit – immer wieder wird uns aufgrund unseres Geschlechts zugeschrieben, was wir mögen, was wir dürfen und was wir können. Dass Mädchen immer rosa cool finden und Jungs sich eben nun mal prügeln, scheint dabei gesetzt. Dass auch manche Mädchen stolz darauf sind, laut rülpfen zu können und manche Jungs lieber Zöpfe flechten als Auto spielen, wird oft schon früh versucht zu »korrigieren«.

Was im Kindergarten anfängt, nimmt auch in der Schule seinen Lauf: Jungs können Physik und Mädchen sind gut in Kunst. Auch in der Ausbildung scheint für viele klar: Frauen machen halt was Soziales und Männer was Handfestes. Wenn mir als Frau immer gesagt wird, dass ich das eh am besten kann, ist klar, dass in den »Frauenberufen« weniger verdient wird – da muss man ja nicht so krass anpacken. Und das bisschen Haushalt nach Feierabend darf dann auch die Frau übernehmen, denn die musste ja auf der Arbeit nicht so ranklotzen. In unserer Gesellschaftsform – dem Patriachat – werden die vermeintlichen Ungleichheiten oft zum Vorteil der Männer ausgelegt. Sexismus und Diskriminierung aufgrund des Geschlechts hat ganz viele Dimensionen – es zeigt sich z. B. darin, dass 74 Prozent aller Vorstandsposten in Deutschland weiterhin von Männern besetzt sind, obwohl Frauen immerhin die Hälfte der deutschen Bevölkerung ausmachen. Aber auch schon die Aussage »Das gehört sich nicht für ein Mädchen/einen Jungen« zeigt die Wirkmacht von Schubladen, in denen wir über Geschlechter nachdenken. Wirkmächtig wird die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auch im Arbeitsleben. Frauen verdienen in Deutschland 21 Prozent weniger als Männer. Das ist fast ein Viertel!

Kann man da nichts gegen machen?

Gegen diese Ungerechtigkeit kämpfen Frauen* schon seit Jahren weltweit. Der Begriff für den Kampf für Gleichberechtigung wird Feminismus genannt. Es gibt in der westlichen Welt verschiedene Epochen mit verschiedenen Themen, für die sich Frauen* eingesetzt haben. Die Epochen werden als Wellen des Feminismus bezeichnet. Selbstverständlich sind feministische Kämpfe nicht nur in der westlichen Welt geführt worden, doch werden wir uns in diesem Text auf diese beschränken.

Die erste Welle des Feminismus begann Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts und forderte politische wie zivile Grundrechte für Frauen. Hierunter zählt z. B. das Wahlrecht für Frauen, das Ende der Vormundschaft von Vater oder Ehemann und freie Berufswahl, wo auch der Zugang zur Universität zugehörte. Diese Forderungen wurden unter anderem im Rahmen des Frauenkampftages gestellt. Dieser fand das erste Mal 1911 mit Hilfe sozialdemokratischer Organisationen und Gewerkschaften statt. Heute feiern wir den Frauenkampftag unter dem Namen Weltfrauentag am 8. März jeden Jahres. Der Kampf um die Grundrechte für Frauen* war ein langer, das Wahlrecht wurde beispielsweise erst sieben Jahre später eingeführt.

In der zweiten Welle der Frauenbewegung in den 1970er Jahren waren schon viele Frauen* erwerbstätig – doch durften Frauen* in Deutschland bis 1977 nur mit dem Einverständnis des Ehemannes arbeiten. Erste Pflicht der Frau* war das Kümmern um den Haushalt und die Kinder. Dadurch und durch die ungleichen Chancen auf dem Bildungsmarkt war klar, dass Frauen* keine verantwortungsvollen Jobs angeboten bekamen und oft von zuhause aus oder im Niedriglohnssektor mit wenig Aufstiegschancen arbeiteten. Dass die Pille für junge Frauen eine kassenärztliche Leistung ist, wurde auch in der zweiten Welle des Feminismus erkämpft und teils mit drastischen Methoden, da es nicht selbstverständlich war, als Frau* gehört zu werden.

Und jetzt?

Heute ist es selbstverständlich, dass Frauen* arbeiten, die ungleiche Bezahlung und Wertschätzung ihrer Arbeit ist allerdings geblieben. Dagegen setzen sich die Frauen* in der dritten Welle des Feminismus ein. Dies tun sie auch stark über Social Media, das eine Vernetzung von Frauen aus verschiedenen Teilen der Welt ermöglicht und so Themen weltweit auf die Agenda setzen kann – wie die #metoo Bewegung, die auf übergriffiges Verhalten von Männern aufmerksam gemacht hat.

Viel mehr wird heute von vielen Feminist*innen nicht mehr lediglich von zwei Geschlechtern ausgegangen (Gender Binarität). Geschlecht hat dabei mehr als nur zwei Pole. Bei Intersexualität ist zum Beispiel auch biologisch keine eindeutige Zuordnung zu einem Geschlecht möglich. Transgender bedeutet, dass das angeborene Geschlecht nicht das Geschlecht

ist, mit dem ich leben möchte. Biologisches (sex) und soziales Geschlecht (gender) sowie Sexualität werden voneinander getrennt; der Diskurs wird komplexer, die Forderungen bleiben jedoch die gleichen: Gleichberechtigung im privaten, wie im öffentlichen Raum für alle Menschen.

Der heutige Feminismus ist komplex, aber stützt sich auf die ursprünglichen Theorien von Autor*innen, wie Simon de Beauvoir: das Geschlecht »typisch Mann« und »typisch Frau« ist nicht biologisch, es ist sozialisiert. Wir wachsen in einer Welt auf, in der Geschlechtern Rollen, Eigenschaften und Vorurteile zugesprochen werden. Diese Eigenschaften und Vorurteile gegenüber dem »anderen« Geschlecht übernehmen wir oft unbewusst. Es gibt heutzutage wenig Menschen, die sich klar gegen die Gleichberechtigung aussprechen (von der Neuen Rechten mal abgesehen), Sexismus ist trotzdem noch ein prägender Bestandteil unseres Alltags.

Mit der AfD ist eine Partei in den Bundestag gezogen, die sich vermeintlich für Frauenrechte einsetzt. Begriffe wie »Genderwahnsinn« wurden von der AfD geprägt und verbreiten sich schnell über Social Media. In der Rhetorik der AfD gehen Sexismus und Rassismus miteinander einher: während die »Deutschen« nur »ihre« schwachen Frauen schützen, wollen »die Anderen« sie vergewaltigen. Das ist ein Problem, denn das Bild um den Kampf für Frauenrechte darf nicht von rechten Gruppen für sich genutzt werden, um ihre ausgrenzenden Argumente durchzusetzen. Wenn wir gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sein wollen, dann in jeglicher Form und gemeinsam.

Sexismus hat wie jede Art von diskriminierendem Verhalten ganz verschiedene Facetten und muss nicht immer absichtlich geäußert und unterstützt werden. Manchmal merken wir, dass ein Spruch danebengeht und wir uns gerade unangemessen verhalten haben (hier ist wichtig, das dann nicht stehen zu lassen, sondern je nach Situation, ein Sorry oder ein Gespräch anzubieten). Auch im Alltag begegnen wir sexistischer und unangemessener Werbung oder anzüglichen Kommentaren im Betrieb/in der Dienststelle. Oder bemerken als Frauen*, dass wir einen Job nicht bekommen, weil wir das falsche Geschlecht haben. Als Frau* ist es schwierig, einen Ausbildungsplatz in »typischen Männerberufen« zu bekommen – andersherum haben Männer in »typischen Frauenberufen« oft sehr gute Karten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Was tun bei Diskriminierung aufgrund des Geschlechts auf dem Arbeitsmarkt?

Wenn du von sexistischem Verhalten betroffen bist oder in der Ausbildung/Arbeit aufgrund deines Geschlechts diskriminiert wirst, hast du ganz viele verschiedene Möglichkeiten, dich gegen die Ungerechtigkeit zu wehren. Ganz wichtig ist: Du bist nicht allein! Gehe mit deinem Problem zu deiner JAV, oder zu deinem Betriebs- oder Personalrat. Es ist eine Kernaufgabe deiner Interessenvertretung, dein Problem mit dir gemeinsam zu lösen. Es gibt sogar ein eigenes Gesetz, das Diskriminierung verbietet (das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz – AGG). Das AGG soll: »Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität verhindern und beseitigen«. Es gibt auch extra Beratungsstellen, zu denen du gehen kannst, wenn du dich ungerecht behandelt gefühlt hast. Auch ver.di unterstützt dich und hilft dir, dein Recht durchzusetzen. Gemeinsam stark!



Miriam Hagelstein ist stellvertretende Vorsitzende der ver.di Jugend und hier liegen ihre Schwerpunkte in der Bildungsarbeit und Antidiskriminierungsarbeit. Durch ihr Amt in der Jugend- und Auszubildendenvertretung an der RWTH Aachen 2012 Mitglied von ver.di geworden, ist sie mittlerweile Studentin der Politikwissenschaften und Philosophie im Bachelor an der Universität Kassel.

ANTISEMITISM

Matthias Schröder

Was ist Antisemitismus?

Antisemitismus ist ein altes Phänomen, das nach wie vor aktuell ist. Auf Schulhöfen ist »Du Jude« immer noch ein Schimpfwort. Laut einer Studie der EU-Grundrechteagentur dachte seit 2013 jede*r dritte Jüdin und Jude ans Auswandern. Über die Hälfte der Jüdinnen und Juden in Deutschland ist in den vergangenen fünf Jahren beleidigt, angestarrt oder beschimpft worden. Beinahe 90 Prozent sehen den Antisemitismus im Internet steigen. Wo kommt der Antisemitismus her und warum hält er sich so lange?

Eine uralte Geschichte

Die Ursprünge des Antisemitismus liegen dabei früh in der Geschichte vergraben. Bereits zu Zeiten des frühen Christentums entsteht der Antijudaismus, der im vereinfachten Schema von Gut und Böse das Judentum mit dem Bösen gleichsetzt. Es stand fortan für alles, wovor sich gefürchtet wurde und was verabscheut wurde: Sünde, Ketzerei, Verderben, Heilsverlust. Hinzu kamen weitere Mythen, die bis heute ihre Wirkung entfalten – so zum Beispiel die Ritualmordlegende, nach der Jüdinnen und Juden Kinder entführten und ihr Blut für Rituale verwendeten. Oder der Vorwurf des Brunnenvergiftens auf dem Höhepunkt der Pest. Ebenso das Stereotyp des Wuchers, das Jüdinnen und Juden vorwirft, durch die Zinsen auf verliehenes Geld andere zu bestehlen. Damals wie heute sagen diese Mythen rein gar nichts über die Jüdinnen und Juden aus, aber umso mehr über die Antijudaist*innen: Die Legenden mussten erhalten, um hinter unerklärbaren und abstrakten Phänomenen (Kindermorde und Suizide, die Pest oder die Funktionsmechanismen der Ökonomie) einen konkreten Schuldigen zu finden. Dabei geht es nicht nur um vermeintlich unerklärbare Phänomene, sondern stets auch um das, was sich eigentlich selbst gewünscht wird, beispielweise: Die Lust an der Sünde oder der Traum, ohne Schufferei Geld verdienen zu können.

Schon damals blieb es nicht einfach bei den Mythen, sondern das Ressentiment forderte seine Taten ein. Es kam zu Pogromen gegen die jüdische Bevölkerung, die tausende Opfer forderten, Jüdinnen und Juden wurden rechtlich schlechter gestellt und aus vielen Lebens- und Arbeitsbereichen ausgeschlossen.

Mit dem Aufkommen der **Moderne** veränderte sich der Antijudaismus zum modernen **Antisemitismus**. Die Bürger*innenrechte von Jüdinnen und Juden verbesserten sich zwar wie bei allen anderen Bürger*innen auch, aber das Zeitalter der **Aufklärung** zeigte die Unvollständigkeit seiner Versprechen schon bald. Denn das antisemitische Ressentiment erwies sich als anpassungsfähig. Die alten Mythen entwickelten sich zu einer umfassenden **Weltanschauung und -erklärung** weiter. Die Mythen sollten also nicht mehr nur einzelne unverstandene Phänomene erklären, sondern der Anspruch erweiterte sich. Mit scheinbar wissenschaftlichen Argumenten gefüttert, diente der Antisemitismus so als Erklärung der gesellschaftlichen Veränderungen der Moderne. In Deutschland breitete er sich in alle Bereiche der Gesellschaft aus und konnte zum **Fundament der völkisch-nationalsozialistischen Ideologie** werden.

Auf dem Weg zur Shoa

Zum einen richtete sich dieser **völkische Nationalismus** und damit der Antisemitismus gegen die Entwicklungen der Moderne. Jüdinnen und Juden galten geradezu als **Personifizierung der Moderne**. Dies erinnert an die bereits bekannten Mythen: Jüdinnen und Juden wurden verantwortlich gemacht für die abstrakten, nicht leicht verstehbaren Seiten des **modernen Kapitalismus**. Anstatt die Ausbeutung im Kapitalismus zu kritisieren und die Entwicklungen zu analysieren, machten Antisemit*innen die Finanzsphäre für alles verantwortlich. Diese sei in der Hand der Jüdinnen und Juden, die im Hintergrund das Weltgeschehen leiten würden. Massenhaft sprangen auch Arbeiter*innen auf diese bereits tief verwurzelte Propaganda des Wuchers an. Der Antisemitismus des Nationalsozialismus behauptete, dass nur die **»schaffende Industriearbeit«** ehrliche Arbeit sei und Jüdinnen und Juden hinter einem **»schmarotzenden-unproduktiven Kapital«** stehen. Auch hier kamen wieder verborgene Sehnsüchte zum Vorschein, z. B. nach Reichtum ohne Schufferei oder Glück ohne Leid.

Zum anderen nutzte der moderne Antisemitismus die Errungenschaften der Moderne, um gegen sie vorzugehen. So versuchten auch Wissenschaftler*innen und Pädagog*innen, die antisemitischen Behauptungen zu legitimieren. Unterstützt durch die moderne Massenkommunikation

fand der Wahnsinn seine schnelle Verbreitung. Die gerade erkämpfte Demokratie wurde genutzt, um sich selbst Schritt für Schritt abzuschaffen. Schon 1930 wurde die antisemitische Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit 18,3 Prozent zweitstärkste Partei. 1933 waren es bereits 44 Prozent aller Stimmen, die gemeinsam mit den Stimmen aller Parteien außer SPD und KPD ausreichten, um das Ermächtigungsgesetz in Kraft zu setzen. Durch zahlreiche Gesetze folgte eine beispiellose Entrechtung und Verfolgung der Jüdinnen und Juden. Während der Novemberpogrome 1938 wurden zehntausende Jüdinnen und Juden in Konzentrationslagern inhaftiert und über 1.400 Synagogen zerstört.

Mit dem deutschen Angriffskrieg auf Polen 1939 weitete sich die Verfolgung auf die europäischen Jüdinnen und Juden aus, wobei es bereits in den ersten Monaten zu Massakern und Deportationen in Konzentrationslager kam. Letztere wurden später systematisch auf alle eroberten Länder ausgeweitet. 1942 wurde auf der Wannseekonferenz schließlich die »Endlösung der Judenfrage« beschlossen. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 900.000 Jüdinnen und Juden ermordet. Unter größter logistischer Anstrengung und mit industriellen Methoden wurde bei laufendem Krieg der Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden durchgeführt. Bis zur Niederschlagung des deutschen Faschismus 1945 wurden in der Shoa über 6.000.000 Jüdinnen und Juden systematisch ermordet.

Gegenwärtiger Antisemitismus

Auch nach der Shoa verschwand der Antisemitismus nicht aus der Welt. Er zeigte sich erneut anpassungsfähig. Nach dem Schrecken der beinahe vollendeten Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden verbot sich ein positiver Bezug auf die Vergangenheit von selbst. Offen geäußelter Antisemitismus wird tabuisiert. Aber statt Scham, Mitleid oder Reue über die massenhafte Beteiligung an der Vernichtung zeigen sich seitdem verschiedene Formen des Antisemitismus:

- Sekundärer Antisemitismus: Dieser zeigt sich im Leugnen oder Relativieren der Shoa in der Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit oder in der Behauptung, Jüdinnen und Juden würden heute

Vorteile aus der Shoa ziehen. Auch die Behauptung, die Jüdinnen und Juden würden heute in Israel auf gleicher Weise mit der palästinensischen Bevölkerung umgehen, zählt dazu. Hinter all dem steht der Versuch, in der Gegenwart nachträglich eine Entlastung für die eigene Verwobenheit mit der Vergangenheit zu finden.

→ **Israelbezogener Antisemitismus:** Eine der prominentesten Formen des Antisemitismus findet sich heutzutage im israelbezogenen Antisemitismus und Antizionismus. Zionismus nennt sich der Traum nach einem selbstbestimmten Staat, der den Schutz des jüdischen Lebens selbst in die Hand nimmt. Der Traum wurde erst nach der Shoa mit der Staatsgründung Israels 1948 Wirklichkeit. Seitdem ist der jüdische Staat ein Schutzraum vor Verfolgung für alle Jüdinnen und Juden, seitdem wird er aber auch in seiner Existenz angegriffen. Dabei wird sich klassischer antisemitischer Ressentiments bedient, die stets nichts mit der Wahrheit zu tun haben, aber viel über die Antisemit*innen sagen. So wird der Mythos der Brunnenvergifter ausgepackt und behauptet, Israel stehle den Palästinenser*innen das Wasser. Oder das Bild der jüdischen Strippenzieher*innen, wenn Israel verantwortlich gemacht wird für Krieg und Frieden in der Region. Auf abstrakterer Ebene zeigt sich die Feindschaft gegen die Entwicklungen der modernen pluralistischen Staaten, wenn Jüdinnen und Juden das Recht auf einen Staat abgesprochen wird, da sie keine klassische Nation seien. Auch der Antizionismus blieb nicht bei Worten, sondern griff stets zur Gewalt und zeigt, wie sehr er mit dem klassischen Antisemitismus einher geht. Die Gewalt richtete sich oft gegen jüdische Einrichtungen (bis hin zu versuchten Bombenanschlägen auf jüdische Gemeindehäuser) und es kommt bis heute im Namen des Antizionismus zu Übergriffen auf Jüdinnen und Juden.

→ **Islamistischer Antisemitismus:** Auch in der Frühgeschichte des Islams lassen sich judenfeindliche Aussagen finden, die weitere Schmähschriften und Massaker gegen Jüdinnen und Juden auf den Plan riefen. Mit dem Einsetzen der Kolonialisierung kamen die Mythen des europäischen Antisemitismus hinzu. Es verwundert nicht, dass Islamist*innen sogar die Kooperation mit dem deutschen nationalsozialistischen Regime suchten

und die Hetze im arabischen Raum verbreiteten. Heute zählt Antisemitismus zum festen Bestandteil der islamistischen Ideologie und findet sich in der Programmatik entsprechender Gruppen.

Gegen jeden Antisemitismus!

Der gegenwärtige Antisemitismus findet sich quer durch alle politischen Lager, in allen Altersgruppen und in jedem Bildungsstatus. Obwohl in den gegenwärtigen Ausdrucksformen nicht immer Jüdinnen und Juden direkt angesprochen werden, trifft es sie am Ende doch. Es liegt an uns allen, dem Antisemitismus ein Ende zu setzen. Das fängt damit an, die eigene Weltanschauung zu hinterfragen und nicht auf billige, antisemitische Ressentiments reinzufallen, die nichts erklären, aber brandgefährlich sind. Zudem sind wir alle gefragt, den hier lebenden Jüdinnen und Juden solidarisch zur Seite zu stehen und den jüdischen Staat Israel zu verteidigen.



Matthias Schröder ist Politikwissenschaftler und seit vielen Jahren in der Gewerkschaftsjugend aktiv. Er beschäftigt sich mit Antisemitismuskritik und setzt sich für die deutsch-israelischen Beziehungen ein.

Rosa Fava

RASSIS MUS

Rassismus: Eine kurze Einführung in seine Wirkungen und Geschichte

Ein Berufsabschluss sollte einem den Schritt in den Arbeitsmarkt gemäß den erworbenen Qualifikationen gewährleisten – Migrant*innen, die in ein anderes Land gehen, erleben aber oft das Gegenteil: Ihre Abschlüsse werden nicht anerkannt, sie stehen vor der Wahl, ein Studium oder eine Berufsausbildung zu wiederholen oder sich einen Job unterhalb ihrer Qualifikation zu suchen. Ein niedrigeres Einkommen und weniger Aufstiegschancen bzw. einige Jahre Rückstand gegenüber den einheimischen Kolleg*innen, weniger Anspruch auf Arbeitslosengeld und eine niedrigere Rente eingeschlossen. Dies erscheint normal, wird oft mit mangelnden Sprachkenntnissen irgendwie gerechtfertigt, und schließlich gibt es genug nicht eingewanderte Akademiker*innen, die Taxi fahren. Tatsächlich findet durch die Nichtanerkennung von Abschlüssen aber eine systematische Dequalifizierung von Menschen aus dem Ausland und deren Platzierung auf niederen sozialen Positionen statt, die im Durchschnitt eine generelle Schlechterstellung gegenüber der einheimischen Bevölkerung zur Folge haben. Ist das Rassismus?

Leichter ist Rassismus in Stellenanzeigen wie »Putzhilfe mit sehr guten Deutschkenntnissen« zu erkennen oder in der verbreiteten Praxis, Menschen mit ausländischem Namen trotz gleicher Qualifikationen und Erfahrungen wie Personen mit deutschem Namen gar nicht erst zum Vorstellungsgespräch einzuladen. Offensichtlich wird Rassismus auch, wenn beispielsweise antirassistische Videoclips folgende Szene zeigen: Die Chefin sitzt am Schreibtisch, es klopft an der Tür, herein kommt ein Schwarzer. Die Chefin: »Ach, Sie kommen wegen der Heizung?« Antwort: »Nein, zum Vorstellungsgespräch.« Hinter ihm kommt ein Weißer im Blaumann an die Tür. Rassismus ist dabei nicht nur die tiefsitzende Vorstellung, die White Collar Jobs würden von Menschen aus dem globalen Norden gemacht, und die Blue Collar Jobs von Menschen aus dem globalen Süden, in Deutschland zum Beispiel auch von den Nachkommen der ehemaligen Gast- oder Vertragsarbeiter*innen in der BRD und der DDR.

Zum Rassismus als gesellschaftliche Struktur gehört auch die materielle Wirklichkeit, dass die ökonomische und soziale Position in enger Beziehung zur Herkunft steht, in Ländern wie Deutschland quasi vererbt

wird. Statistisch gesehen schaffen nur wenige Individuen den Aufstieg. Prozentual gesehen sind es wenige Kinder von Akademiker*innen, die nicht aufs Gymnasium gehen, und gleichzeitig wenige Arbeiter*innenkinder, die eine Empfehlung für das Gymnasium bekommen.

Der Begriff Rassismus wird in Deutschland immer noch wenig gebraucht und schon gar nicht zur Beschreibung sozialer Phänomene. Er scheint für physische Gewalt, Hate Speech und sie motivierende Ideologien reserviert, findet aber auch dafür wenig Anwendung. Stattdessen hört und liest man in den Medien meist von »Fremdenfeindlichkeit« oder auch von »Ausländerfeindlichkeit«, wenn über Gewalt oder abweisende bis hasserfüllte Einstellungen gegen Menschen berichtet wird, die wegen äußerlicher Merkmale als Fremde oder Ausländer*innen betrachtet werden. Dabei sind beide Begriffe zu kritisieren: Es geht nicht um den Pass, wenn eine Person of Colour angepöbelt wird, und ein*e Ausländer*in aus Dänemark wird selten als solche wahrgenommen und angegriffen. Es sind bestimmte, historisch bedingte äußerliche Merkmale, die dazu führen, Menschen als deutsch oder als ausländisch wahrzunehmen. Der Begriff der*des Fremden wiederum ist bereits ideologisch aufgeladen und geht von der Vorstellung aus, die Angehörigen einer Nation seien eine vorpolitische Gemeinschaft, in der alle einander sehr ähnlich seien und irgendwie in Beziehung zueinander stehen würden. Dabei ist einem die Sitznachbarin im Bus, die man eventuell wegen ihres Aussehens für eine Nicht-Deutsche hält, genauso fremd wie die Sitznachbarin, die man für eine Deutsche hält.

Der Ausdruck Rassismus ist des Weiteren reserviert für Gesellschaftssysteme wie den Kolonialismus, das Südafrika der Apartheid und die »Rassentrennung«/Segregation in den USA bis in die 1960er Jahre. Dabei ist ein ungleicher Status der Menschen entlang von Herkunft und Abstammung gesetzlich fixiert und wird an körperlichen Merkmalen wie vor allem der Hautfarbe und Gesichtszüge festgemacht. Im Zuge des Kolonialismus, der transatlantischen Sklaverei und der Verwissenschaftlichung der Weltsicht wurde in Europa die Vorstellung entwickelt, dass die Bevölkerungen unterschiedlicher Regionen nicht nur verschieden aussähen, sondern voneinander abgetrennte »Rassen« bilden würden, die mit grundlegend unterschiedlichen Eigenschaften und Fähigkeiten

ausgestattet und somit zur Herrschaft oder zur Unterordnung, d. h. zum (unqualifizierten) Arbeiten bestimmt seien. Unterschiedliche Formen von Sklaverei und Leibeigenschaft prägen die Geschichte, Menschen waren und sind teilweise immer noch Privateigentum anderer Menschen, in der Verfügungsgewalt eines Staates oder in ähnlichen Verhältnissen. Als mit der Aufklärung aber der Anspruch auf Gleichheit und Freiheit durchgesetzt wurde, musste die reale Ungleichheit neu begründet werden. »Rasse« wird im Deutschen oft in Führungszeichen geschrieben, um daran zu erinnern, dass es sich um keine wissenschaftliche Kategorie handelt.

Im Nationalsozialismus wurde das Verständnis von »Rasse« stärker auf innere, nicht unbedingt sichtbare Unterscheidungsmerkmale bezogen, »das Blut« sollte durch Vererbung die Menschengruppen unterscheiden. Das Ziel dabei war, basierend auf dem stark verbreiteten Antisemitismus, das Judentum als »Gegenrasse« zu den »Ariern« und »nordischen Völkern« zu definieren und schließlich zu vernichten. Trotz dieser biologischen Sichtweise ist generell im Antisemitismus – anders als im Rassismus – neben der Abwertung auch eine Überhöhung angelegt. Den Jüdinnen und Juden wird unterstellt, das Weltgeschehen zu lenken, um anderen Gemeinschaften zu schaden. Menschen aus Osteuropa wurden von den Nationalsozialist*innen, die dort »Lebensraum« erobern wollten, als »slawische Untermenschen« und »Arbeitsvölker« bestimmt, ebenfalls auf Grundlage lange bestehender Unterscheidungen nach körperlichen und kulturellen Merkmalen. Noch heute ist es bei Menschen aus Osteuropa der Akzent, der zu ihrer Markierung als »Ausländer« oder »Fremde« herangezogen wird. Sint*izze und Rom*nja wurden ebenfalls rassistisch aus dem »Volkskörper« herausdefiniert und ermordet. Schwarze wurden nicht systematisch verfolgt, aber vielfach wurden ihnen die Lebensgrundlagen entzogen.

Die Kolonialzeit und der Nationalsozialismus liegen in der Vergangenheit und so wird Rassismus gedanklich ebenfalls in die Vergangenheit versetzt. Wo offen rassistisches Denken zu Tage tritt, wird es vielfach als unaufgeklärte, altbackene Einstellung verstanden und auf »Ewiggestrige« und Randgruppen der Bevölkerung ausgelagert. Eine weitere Entwicklung kommt hinzu, die Verschiebung von der Natur zur Kultur als zentrales Unterscheidungsmerkmal. Weil Rassismus durch die Verbrechen

des Nationalsozialismus, die Entkolonisierung in Asien und Afrika und die Schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA delegitimiert wurde, wurde zunehmend zur Unterscheidung nach kulturellem Hintergrund gegriffen. Es entstand der oft so genannte »Rassismus ohne Rassen« oder »Kulturassismus«: Nun werden kulturelle Prägungen, Eigenarten, Erscheinungen, darunter Wertorientierungen, Weltansichten, Religionen als statisch verstanden und quasi als Programm, das das Verhalten und das Denken der Menschen bestimmt. Letztendlich erscheint nun die Kultur eines Menschen und seines »Kulturkreises« als genauso unveränderbar bzw. durch Menschen nicht zu gestalten, wie vorher die Natur den Menschen bestimmen sollte. Weiterhin werden Kollektiven meist – aber nicht nur – negative Eigenschaften zugeschrieben, die sie vom eigenen Kollektiv unterscheiden sollen. Im Vordergrund des Kulturassismus steht heute vielfach der Rassismus gegen (vermeintliche) Muslim*innen.

Rassismus ist, so zeigt sich, viel mehr als eine Sache von Einstellungen, die leicht geändert werden können. Er besteht in neuen Formen fort und bildet ein über die Jahrhunderte gewachsenes System von Ungleichheit, das sich zwar verändert, aber sich dabei beständig neu erschafft. Rassistisches Denken legitimiert Ungleichheit und gibt den Menschen eine Identität, indem sie sich – kollektiv – von anderen unterscheiden und vor allem wissen, wer und wie sie nicht sind: nicht wie »die Anderen«. Der Arbeitsmarkt und das gegliederte deutsche Schulwesen sind zentrale Apparate des Rassismus: Sie produzieren ohnehin Ungleichheit, und viele rassistische Logiken führen zu einer zusätzlich wirksamen rassistischen Unterscheidung.

Solidarität von nicht Betroffenen kann zunächst dort ansetzen, wo die Einzelnen handlungsfähig sind: Es geht um eine Sensibilisierung für Rassismus, das Erkennen und Wahrnehmen rassistischer Wirklichkeiten und der eigenen Involvierung darin. Diese sieht je nach eigener und familiärer Geschichte sehr unterschiedlich aus und erfordert von den Menschen je nach ihrer Positionierung im rassistischen Ganzen unterschiedliche Strategien, dem individuell aber auch gemeinsam etwas entgegenzusetzen.



Rosa Fava ist Lehrerin und promovierte Erziehungswissenschaftlerin, arbeitet in der historisch-politischen Bildung und in unterschiedlichen Projekten und Arbeitsstellen zu Fragen von Rassismus, Migration und Antisemitismus. Zur Zeit leitet sie die »ju:an«-Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit der Amadeu Antonio Stiftung.

Nadja Zillken

(LOKAL) PATRIO- TISMUS

»Patriotismus« ist eines der Schlagworte, welches man immer öfter hört. Dabei ist meistens nicht klar, was dieses Wort wirklich bedeutet. Die Identitäre Bewegung zum Beispiel behauptet von sich, für einen »authentischen Patriotismus« zu stehen und die AfD fordert einen »gesunden Patriotismus«. Aber was genau ist denn damit gefordert?

Dem Wörterbuch nach ist man Patriot, wenn man eine emotionale Beziehung zu dem eigenen Heimatland hat. Oftmals wird Patriotismus mit »Vaterlandsliebe« gleichgesetzt. Es gibt auch viele Formen des Lokalpatriotismus. Dabei liebt man den eigenen Wohnort oder Heimatort, aber nicht unbedingt das ganze Land oder das Land als solches. Eine emotionale Beziehung zu der eigenen Heimat hat zwar jeder Mensch, denn man verbindet natürlich Erinnerungen, Menschen und viele andere Dinge mit den Orten, an denen man gewohnt hat. Aber um Patriot zu sein, muss neben der emotionalen Beziehung noch mehr hinzukommen.

Zum Patriotismus gehört auch dazu, sich einer Gruppe zugehörig zu fühlen. Wenn man also sagt, man ist patriotische*r Deutsche*r, dann hat man eine emotionale Beziehung zu der eigenen Idee von Deutschland und den Menschen, die ähnlich denken und größtenteils so aussehen wie man selbst. Deutschland ist in diesem Kontext also nicht nur ein gewisses und abgegrenztes Stück Erde, sondern ein Schlagwort für eine Gemeinschaft, die gleiche Ansichten, Bräuche und äußerliche Merkmale hat. Deutschland bietet in diesem Kontext eine Projektionsfläche für all das, was patriotische Menschen sein wollen oder denken, dass sie es sind. Dabei lassen sich allerdings implizit und explizit Abgrenzungen anhand von Hautfarbe, Religion und Lebensweise finden. Allein die Behauptung zum Beispiel, man habe nichts gegen Menschen aus dem Ausland, wenn »die« sich an »unsere« Regeln halten, impliziert, dass ausländische Menschen andere und schlechtere Werte haben, die eine Gefahr für die Ordnung in Deutschland stellen.

Bei einem Fußballspiel das Trikot der Nationalmannschaft zu tragen oder die Nationalflagge zu hissen, sind patriotische Gesten, die auch von den Rechten gerne betont werden. Diese Dinge sind leicht als harmlos oder schön darzustellen, allerdings zeigen solche Gesten nicht, was der Patriotismus politisch umfasst. Was dem Patriotismus nämlich immer notwendigerweise vorausgeht, ist eine Idee, wie das, was man liebt, aus-

sieht oder wie es ist. Dadurch kommt es unausweichlich dazu, dass man sich selbst und die eigene Gruppe abgrenzt und die »Anderen« ausgrenzt. Beim Fußball zum Beispiel ist es etwas Schönes, sein Team anzufeuern oder es siegen zu sehen, aber es ist etwas ganz anderes, wenn man deswegen andere Teams und deren Fans für ihre Fanschaft angreift.

Was liebt ein*e deutsche*r Patriot*in denn an Deutschland? Und was für Konsequenzen kommen von dieser Liebe? Patrioten befinden sich in einem stetigen Kampf, denn das, was sie lieben, muss geschützt werden. Aber wovon und vor wem?

Beim Patriotismus muss es Definitionen geben, was zu »uns« und was zu »den Anderen« gehört. Dabei wird Deutschland als fortschrittlich, erstrebenswert und gut dargestellt, wohingegen die Fremden oder die Anderen als unzivilisiert, gefährlich und schlecht dargestellt werden. »Die Anderen« – welche Gruppe das auch immer sein mag (muslimische oder jüdische Menschen, Ausländer allgemein, Geflüchtete, etc.) – werden als eine Gefahr für das, was die Patrioten vermeintlich lieben, wahrgenommen. Denn wenn sich Deutschland durch »die Anderen« verändern würde, dann geht das für Patrioten nur in Richtung Verschlechterung. Wenn man gesellschaftlich den Status Quo bewahren oder in alte Gesellschaftsformen zurück möchte, nennt man das Konservatismus. Deswegen will die AfD auch »neue Deutsche« selber machen und zeigt dabei immer eine weiße, blonde Frau, bei der der Betrachter genau weiß, welches Bild von Deutschland man im Kopf haben soll und wer überhaupt als Deutsch gelten soll. Wieso wäre Deutschland ein Land von minderen Werten, wenn die nächste Generation nicht ausschließlich von weißen und blonden Menschen gemacht werden würde? Wer gehört »zu uns« und wer gehört zu »den Anderen«? Sollte sich nicht jeder Mensch, der in Deutschland lebt, erwünscht und sicher fühlen können? Hat das wirklich noch etwas mit Liebe zur eigenen Heimat zu tun oder doch mehr mit der Ausgrenzung von »den Anderen«, weil diese implizit ja schlechter sind?

Die Ursprünge des Wortes Patriot (lateinisch »patria« für Vaterland) weisen bereits auf die Wichtigkeit des Geburtsortes und der elterlichen Herkunft hin. Oftmals wird behauptet, es ginge beim Patriotismus darum, Werte oder Lebensweisen zu bewahren, aber das sind auch wieder Schlagwörter, von denen man nicht genau weiß, was sie bedeuten sollen.

Was bei Patrioten allerdings ganz viel Bedeutung hat und oftmals gefordert wird, ist der Stolz. Man soll stolz auf die eigene Nationalität sein; man soll stolz auf die Geschichte des eigenen Landes sein und man soll stolz auf das eigene Land sein, unabhängig davon, was es tut oder wie es sich gestaltet. Ab wann ist ein Land denn das »eigene Land«?

Das starke Bedürfnis, sich stolz zu fühlen, ist bei den Menschen, die sich als Patrioten bezeichnen, in verschiedenster Form zu sehen. Sich stolz fühlen zu wollen, scheint in diesem Kontext eine Umschreibung dafür zu sein, dass man sich besser als »die Anderen« fühlen möchte. Patrioten streben nach der eigenen Aufwertung. Entspricht irgendetwas dem Bild von Deutschland, das die patriotischen Menschen haben, ist es per se gut und deswegen sollte man stolz darauf sein. Im Gegenzug gehört etwas nicht zu dem Bild von Deutschland, welches die patriotischen Menschen definieren möchten, dann soll es per se schlecht sein. Dabei geht es nicht um Inhalte oder Auswirkungen, sondern nur darum, was »zu uns« und was zu »den Anderen« gehört.

Nicht jeder Mensch, der sich nach Patriotismus sehnt, ist gleich ein strammer Nazi. Auch die CDU stand kurz vor der Wahl eines Parteichefs (Merz), der einen »gesunden Patriotismus« gefordert hatte. Dennoch ist es wichtig zu verstehen, dass Patriotismus und Konservatismus zu Nationalismus führen kann, da dem erhaltenden und verteidigenden Bezug auf die eigenen Werte eben schon ein Ausschluss inhärent ist. Wenn die Liebe zu Deutschland und das Ansehen von Deutschland direkt mit dem eigenen Gefühl von Stolz und der eigenen Identität verbunden sind, dann ist es nicht mehr so einfach zu unterscheiden, was für Interessen Deutschland hat und was für Interessen man selbst hat.

Daher überrascht es nicht, wenn rechte Demonstrierende – meist weiße, heterosexuelle Männer ohne Behinderungen – rufen »Wir sind das Volk!«. Für diese Patrioten existiert ein exklusives Bild davon, wer und was zu Deutschland gehört. Sie maßen sich an bestimmen zu können, wer das Volk ist und wer für das Volk spricht – nämlich sie selbst. Patriotisch gesinnte Menschen verbinden also ihr eigenes Selbstwertgefühl mit einem Land oder Ort, in dem sie alleinig sich selbst und ihre eigenen Vorstellungen repräsentiert sehen wollen. Dabei wird gekonnt ignoriert, dass weder das Grundgesetz noch die deutsche Lebensweise auf die

Isolation zu anderen Kulturen oder das Bevorzugen von Menschen, die Patrioten als deutsch anerkennen, ausgerichtet sind. Ganz im Gegenteil stellen sich patriotische Menschen oftmals gegen die gesetzliche Lage und Werte eines Landes, das sie doch so lieben zu wollen scheinen. So sorgen sich viele patriotische Menschen um die vermeintlich negativen Einflüsse von Menschen, die nicht in ihr Bild des Deutsch-Seins passen, haben aber weniger Sorgen, wenn es zu Themen oder Problemen kommt, bei denen weiße Herkunftsdeutsche selbst problematisch sind. Ein gutes Beispiel sind Frauenrechte: Patriotische Menschen möchten den Schutz von Frauen gerne instrumentalisieren, um gegen »Anderer« zu hetzen. Sollen weiße herkunftsdeutsche Männer aber ihren Umgang mit Frauen reflektieren, dann geht es den Patrioten eigentlich immer sofort zu weit und es werden Tiraden gegen Frauen gehalten, die Respekt einfordern und sich gegen Sexismus und Misogynie stellen.

Wenn sich patriotische Menschen Probleme aussuchen, über die sie sich aufregen, dient es meistens der eigenen Aufwertung. Gefahren für Deutschland gehen immer von »den Anderen« aus. In diesem Kontrast wird wieder deutlich, dass der »Schutz« von Deutschland damit verbunden ist, eine Gruppe von Menschen, zu denen man sich zugehörig fühlt, aufzuwerten. Wenn die eigene Aufwertung nicht mitschwingt, interessieren sie sich oftmals herzlich wenig für Themen, die uns alle etwas angehen.



Nadja Zillken hat in Amsterdam und Hamburg in den Bereichen der europäischen Außenpolitik und der internationalen Sicherheitspolitik studiert.

AfD

Stefan Dietl

Die AfD und die soziale Frage

Gerne präsentiert sich die AfD als die »Partei des kleinen Mannes«. Tatsächlich steht sie nicht nur für die Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrant*innen und Geflüchteten, sondern auch für weiteren Sozialabbau und eine durch und durch arbeitnehmer*innenfeindliche Politik.

Sozialabbau und Steuergeschenke für Unternehmen und Besserverdienende

Seit ihrer Gründung gehört die Steuerpolitik zu den Schwerpunktthemen der AfD. Im Mittelpunkt steht dabei, Unternehmen und Besserverdienende steuerlich zu entlasten und sozialpolitische Aufgaben zurückzufahren.

Deutlich wird dies an einem der Kernpunkte der Partei: der Reform der Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist eine der wichtigsten Finanzierungsquellen des Staates und für rund ein Drittel der Staatseinnahmen verantwortlich. Sie liefert damit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung von gesellschaftlichen Aufgaben wie Soziales, Gesundheit oder Bildung. Bislang erfolgt die Besteuerung von Einkommen progressiv: Wer höhere Einkommen hat, wird auch höher belastet. Die Idee dahinter ist einfach: Starke Schultern können eine größere Last tragen als schwache. Diese progressive Einkommensteuer soll nach Willen der AfD der Vergangenheit angehören und durch ein Stufenmodell ersetzt werden, das Spitzeneinkommen deutlich entlastet. Dem Staat drohen damit massive Einnahmeausfälle und deutlich weniger Geld für Infrastruktur oder Sozialausgaben.

Mit der Gewerbesteuer will die AfD zudem eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen abschaffen. Die Folge wäre, dass viele Gemeinden ihre kommunalen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen könnten. Kürzungen in der Jugend- und Sozialarbeit, bei der Unterstützung von Vereinen und bei Kinderbetreuungseinrichtungen wären die Folge. Neben der Erbschaftsteuer sollen auch die Mietpreisgrenzen abgeschafft werden. Auch hier sind vor allem diejenigen die Leidtragenden, die schon heute kaum bezahlbaren Wohnraum finden – junge Menschen wie Auszubildende oder Studierende und Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen mit niedrigen Löhnen. Verschärft werden sollen hingegen das Banken- und Steuergeheimnis, was die Ermittlungen gegen Steuerhünder erheblich erschweren würde.

Während von der Entlastung bei der Einkommen-, Gewerbe-, Erbschaftsteuer vor allem Vermögende und Unternehmen profitieren, soll die Allgemeinheit die Zeche dafür bezahlen. So fordert die AfD unter anderem die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Rückbau der sozialen Sicherungssysteme.

Arbeitsmarktpolitik zu Lasten der Beschäftigten

Auch unter der Arbeitsmarktpolitik der AfD hätte vor allem »der kleine Mann« zu leiden. So fordern Vertreter*innen der AfD immer wieder die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zu Lasten der Beschäftigten, den erzwungenen Arbeitseinsatz von Erwerbslosen oder die Absenkung von Hartz-IV-Leistungen.

In ihrem Grundsatzprogramm fordert die Partei eine Neuordnung und Entbürokratisierung des Arbeitsrechts, womit vor allem der Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten verbunden ist. In der Leih- und Zeitarbeit verurteilt die AfD zwar den Missbrauch dieser Beschäftigungsverhältnisse, ohne jedoch prekäre Arbeitsverhältnisse grundsätzlich abzulehnen oder eindämmen zu wollen. Statt die vielen Betroffenen von Niedriglöhnen zu unterstützen, kritisierte der Parteivorsitzende Jörg Meuthen zynisch den Mindestlohn: »Es gibt Menschen, die arbeiten, aber dabei nicht jene Produktivität erreichen, die einem Mindestlohn von 8,50 Euro entspricht.«

Die AfD fordert außerdem die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. Deren Aufgaben sollen stattdessen künftig von den kommunalen Jobcentern übernommen werden. Im Gegensatz zu den kommunalen Jobcentern ist die Bundesagentur bisher für die Verwaltung der beitragsfinanzierten Arbeitslosenversicherung zuständig. Mit der Auflösung der Bundesagentur wäre auch die Arbeitslosenversicherung in ihrer bisherigen Form gefährdet.

Antworten auf die drängendsten arbeitsmarktpolitischen Fragen unserer Zeit, wie dem Umgang mit der Digitalisierung, der Verbesserung der Ausbildung oder der zunehmenden prekären Beschäftigung und ihren Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, sucht man bei der AfD vergebens. Stattdessen setzt die Partei auf eine weitere Deregulierung und Umstrukturierung am Arbeitsmarkt zu Lasten der Beschäftigten.

Elitenförderung statt guter Bildung für alle

Gerade in der Bildungspolitik werden die Weichen für die ökonomische, soziale und politische Teilhabe an der Gesellschaft gestellt. Ein gleicher Zugang zu Bildung ist die Grundlage für Chancengleichheit und zur Verbesserung der eigenen sozialen Lage.

Schon heute gibt es kaum ein Industrieland, in dem das Bildungssystem so sozial selektiv ist wie in Deutschland. Fast nirgendwo haben Arbeiter*innenkinder so schlechte Chancen, einen Hochschulabschluss zu erwerben, wie hierzulande. Eine Ursache dafür ist, dass in weiten Teilen Deutschlands noch immer am dreigliedrigen Schulsystem festgehalten wird. Die AfD möchte diese Ungleichheit im Bildungswesen zementieren und ausbauen. So lehnt sie die Gesamtschule ab und will das dreigliedrige Schulsystem beibehalten. Sie will es darüber hinaus auch in den Bundesländern einführen, in denen es bisher noch nicht existiert. Statt guter Bildung für alle steht die Elitenbildung durch möglichst frühe soziale Auslese im Mittelpunkt der AfD-Bildungspolitik. Dies gilt auch für die Universitäten: Die von der AfD geforderten Zugangsbeschränkungen für einzelne Studiengänge schließen insbesondere finanziell schwächer gestellte Menschen aus. Während Kinder aus wohlhabenden Elternhäusern auf Privatunterricht und andere Unterstützung zurückgreifen können, bleibt dies Kindern aus sozial benachteiligten Familien verwehrt.

Geht es nach der AfD, soll zudem nicht die Wissensvermittlung im Zentrum der Bildungspolitik stehen, sondern die Nutzbarmachung der Bildung für wirtschaftliche Zwecke. Um ihre Pläne durchzusetzen, verbindet sie ihre Elitenpolitik mit der Warnung vor einem angeblichen Qualitätsverlust des Schul- und Hochschulbereichs. So behauptet die Partei in ihrem Grundsatzprogramm, dass »Schüler nicht mehr die Grundkenntnisse besitzen, die in der Berufsausbildung oder im Studium benötigt werden«, und sieht darin die Ursache für die mangelnde Zahl von Bewerber*innen in einigen Ausbildungsberufen. Tatsächlich hat sich Deutschland in der PISA-Studie in den vergangenen Jahren erheblich verbessert und die Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland so niedrig wie selten zuvor. Die Gründe für den Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern in manchen Ausbildungsberufen liegen anderswo, wie unter anderem der jährliche Ausbildungsbericht der DGB Jugend aufzeigt. Es sind vor allem

die Branchen mit mangelhaften Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sowie unterdurchschnittlicher Entlohnung, denen es schwer fällt, Nachwuchskräfte zu gewinnen.

Europafeindlichkeit zu Lasten der Beschäftigten

Die Europapolitik gehört zu den Kernthemen der AfD und auch hier inszeniert sich die Partei gerne als Vertreter »des kleinen Mannes«. Tatsächlich hätten die europafeindlichen Pläne der AfD verheerende Auswirkungen für Arbeitnehmer*innen, sollten sie Realität werden.

So fordert die AfD in ihrem Grundsatzprogramm die Einschränkung der EU-Freizügigkeit und flächendeckende Kontrollen an den deutschen Grenzen. Sie will »das Experiment Euro geordnet beenden« und strebt den Austritt Deutschlands aus der EU sowie die Auflösung der Europäischen Union an. Zudem plädiert die Partei für ein Ende des Schengen-Abkommens, das Reisefreiheit und freien Warenverkehr in Europa regelt.

All diese Maßnahmen hätten für die abhängig Beschäftigten in Deutschland und ganz Europa negative Konsequenzen. Offene Grenzen haben mehr als nur symbolischen Wert. Sie sind sowohl Wohlstandsfaktor als auch Wirtschaftsmotor. Inzwischen ist fast jeder vierte Arbeitsplatz in Deutschland vom Außenhandel abhängig und somit auch von offenen Grenzen in Europa. Deutschlands Wirtschaft ist mit einem Außenhandelsvolumen von 2,6 Billionen Euro im Jahr so stark auf Geschäfte mit dem Ausland ausgerichtet wie nur wenige andere Länder. Eine Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen, wie die AfD sie fordert, würde alleine der deutschen Volkswirtschaft 234 Milliarden Euro in einem Zehnjahreszeitraum kosten. Die Unterbrechung europäischer Produktionsprozesse hätte sowohl für exportorientierte Unternehmen und deren Beschäftigte, zum Beispiel in der Automobilindustrie und deren Zulieferer oder im Maschinenbau, als auch für den Speditions- und Logistiksektor gravierende Folgen.

Der nationalistische Kurs der AfD schürt also nicht nur Konflikte, sondern setzt auch Millionen Arbeitsplätze aufs Spiel. Leidtragende dieser antieuropäischen Politik der Abschottung wären vor allem Arbeitnehmer*innen.

Die AfD – keine Alternative

Schon ein kurzer Blick in die Programmatik der AfD zeigt also, dass die Partei, die sich gerne als Vertreter »des kleinen Mannes« präsentiert, vor allem eines ist: Eine Partei des Sozialabbaus und der sozialen Ungleichheit. Für uns als Gewerkschafter*innen ist daher klar: Eine Partei, die Ausgrenzung und Diskriminierung propagiert, die gegen Flüchtlinge hetzt und sozial Benachteiligte ausgrenzt, ist keine Alternative.



Stefan Dietl lebt als freier Journalist und Autor in Regensburg und ist seit seiner Ausbildung Mitglied der Gewerkschaft ver.di. Neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Vorsitzender des ver.di-Bezirks Oberpfalz und im Landesvorstand von ver.di Bayern schreibt er vor allem zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen.

Marco Schott

NEUE RECHTE

Alter Wein in neuen Schläuchen: Was ist neu an der Neuen Rechten?

Schaut man in den letzten Jahren in die Sozialen Medien, begegnen dem und der aufmerksamen Mediennutzer*in neue »Stars« am politischen Himmel der Bundesrepublik. Junge, meist in Fred Perry und Lyle & Scott gekleidete Männer, die mit gut produzierten Youtube-Videos rassistische und antidemokratische Inhalte transportieren: die Identitären. Häufig werden diese als Neue Rechte bezeichnet. Doch was genau verbirgt sich hinter den Neuen Rechten und was unterscheidet sie von den »Alten«?

Von den Alten zur Neuen Rechten

Die so genannte Neue Rechte ist keine Erscheinung der letzten Jahre, sondern bereits seit den 1970er Jahren in Deutschland aktiv. Sie kann als eine Reaktion auf eine Krise der bundesdeutschen Rechten in den 1960ern und 1970ern verstanden werden. Zu dieser Zeit organisierte sich die extreme Rechte in Deutschland und Europa maßgeblich in Parteien. Als die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) 1964 jedoch bei den Bundestagswahlen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte und so den Einzug in das Parlament in Bonn versäumte, kam es innerhalb der »alten« Rechten zu einer kritischen Bestandsaufnahme ihres parteiförmigen Agierens. Parlamentarischer Einfluss oder gar eine Regierungsbeteiligung schienen in weiter Ferne.

Dies führte zu einem zweiteiligen Strategiewechsel. Auf der einen Seite richtete sich die Kritik an den Parlamentarismus der NPD und es entstanden außerparlamentarische, paramilitärische und terroristische Organisationen. Sie vertraten die Auffassung, dass die Demokratie nicht von »innen«, durch den Parlamentarismus, sondern durch einen gewaltsamen Umsturz abgeschafft werden müsste. Der andere Flügel erklärte sich sein Scheitern wiederum mit einer mangelnden Intellektualität und Attraktivität. Sie orientieren sich nicht an einem »Kampf um die Straße«, sondern strebten einen »Kampf um die Köpfe« an. Die Menschen müssten intellektuell und kulturell von extrem rechten Meinungen überzeugt werden. Dabei orientierten sie sich an der, ebenfalls neu entstehenden, Anti-Vietnamkriegs- und Studentenbewegung der 1960er Jahre. Die Akteure der Neuen Rechten, so könnte man sagen, kopieren einige Strategien der

Linken. Es entstanden in dieser Zeit vor allem lose organisierte Lese- und kleine Zeitschriften- und Verlagsprojekte (Junges Forum, Fragmente, Criticon), die nicht maßgeblich das Ziel hatten, viele Leute zu organisieren, sondern sich vielmehr als Ideen- und Stichwortgeber zu etablieren. Viele dieser Zeitschriften- und Verlagsprojekte verschwanden wieder. Die 1986 gegründete Tageszeitung Junge Freiheit konnte sich aber über das eigene Spektrum hinaus etablieren und ist heute mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren das Flaggschiff der Neuen Rechten, in dem politische und historische Themen, auch ästhetisch-kulturelle Fragen intensiv diskutiert werden.

Von den 1990er Jahren bis heute

In den letzten 40 Jahren hatte die Neue Rechte in der Bundesrepublik immer wieder Höhen und Tiefen erlebt. Gerade die Zeit nach dem Ende der DDR, Anfang und Mitte der 1990er Jahre, war für sie die bisher erfolgreichste.

Im wiedervereinten Deutschland mit einem, durch die Kohlregierung geprägten, staatsoffiziellen rechtskonservativen Klima, in dem das Recht auf Asyl 1993 mit den Stimmen fast aller Parteien faktisch abgeschafft wurde und die rassistischen Morde und Anschläge auf Asylbewerber*innenunterkünfte von staatlicher Seite lange toleriert wurden, hatte die Neue Rechte günstige Bedingungen. So konnten einige Vertreter*innen, u. a. Karl-Heinz Weißmann – ein regelmäßiger Autor der Jungen Freiheit und Gründer des Instituts für Staatspolitik – durch eigene Publikationen und Gastbeiträge in renommierten Zeitschriften (u. a. der Frankfurter Allgemeinen Zeitung) geschichtsrevisionistische, antiliberalen und regressive Ideen einem größeren Publikum präsentieren. Dieser Einfluss konnte aber nicht gehalten werden. In den späten 1990er und frühen 2000er Jahren kam es zu einem erneuten Niedergang.

Dies führte zu einer Reorganisation neurechter Strukturen. Um die 2000er wurden neue Organisationsstrukturen (Institut für Staatspolitik (IfS), Bibliothek des Konservatismus) und Zeitschriften- und Publikationsorgane (Sezession, Blaue Narzisse, Antaios-Verlag) gegründet. Zusätzlich kam es zu einer Erweiterung ihres strategischen Ansatzes: dem Einsatz neuer sozialer Bewegungen von rechts, vor allem der Etablierung der

Identitären Bewegung in Deutschland und Österreich. Bei dieser Reorganisation spielte Götz Kubitschek eine zentrale Rolle. 2000 gründete er zusammen mit Karl-Heinz Weißmann das Institut für Staatspolitik. Aktuell ist er Geschäftsführer des Antaios-Verlags und seit 2003 Redakteur der Zeitschrift Sezession. Er initiierte mehrere politische Kampagnen (u. a. Ein Prozent für unser Land) und war maßgeblich an der inhaltlich-konzeptionellen Strukturierung der Identitären Bewegung in Deutschland beteiligt. 2015 trat er mehrmals bei Pegida-Demonstrationen als Redner auf und pflegt gute Kontakte zu Björn Höcke von der AfD.

Kulturrevolution und Größenwahn

Der politische Ansatz der Neuen Rechten besteht in dem Versuch, die Mainstream-Meinung nach Rechts zu verschieben. Dies tun sie, indem sie sich in aktuelle Debatten einklinken und diese auf hohem intellektuellem Niveau beeinflussen wollen. Durch das Verschleiern und Anpassen ihrer Inhalte, Begriffe und Themen an die aktuelle politische und mediale Umgebung wird versucht, in den gesellschaftlichen Mainstream hineinzuwirken und hier eine grundlegende Denkrichtung der Gesellschaft zu prägen und zu bestimmen. So wird versucht, den Bereich der (politischen) Kultur mit den eigenen Themen zu besetzen, was dann mittel- bis langfristig zu einer politischen Neuordnung im Sinne der Neuen Rechten führt. Dabei spielen auch vermeintlich unpolitische Felder wie Kunst und Musik eine strategische Rolle. Die Vertreter der Neuen Rechten verstehen sich dabei als Avantgarde und wissen sich auf einer öffentlichen Bühne zu verkaufen. So schien es für kurze Zeit ein eigenes journalistisches Genre zu geben: Hausbesuche bei neurechten Akteuren und dem Ablichten ihrer Lebensrealität.

Es ist auch eine Strategie der Neuen Rechten, sich größer und wirkmächtiger zu verkaufen, als sie eigentlich sind. Das eigene Handeln wird ausschließlich als Erfolg verkauft. Der (intellektuelle) Einfluss der Neuen Rechten ist durchaus geringer, als gerne von ihnen behauptet.

In ihren Inhalten unterscheidet sich die Neue Rechte nicht sonderlich von anderen Akteur*innen der extremen Rechten. Dabei orientiert sie sich historisch nicht direkt am Nationalsozialismus, sondern an der so genannten Konservativen Revolution der 1920er Jahre in Deutschland.

Diese Denkströmung war aber faktisch der intellektuelle Wegbereiter des **Nationalsozialismus**. Viele Akteur*innen der Konservativen Revolution schlossen sich später begeistert den Nationalsozialisten an. Inhaltlich standen ihre Vertreter wie Carl Schmitt, Ernst Jünger und Edgar J. Jung für völkische und deutsch-nationale Positionen, die sich gegen die liberal-demokratischen Rechte und Vorstellungen der **Französischen Revolution** und der Aufklärung richteten. Ziel dieser völkischen Ideologen war eine totale Ordnung, in der alle Lebensbereiche erfasst, organisiert und kontrolliert werden.

Reines Deutschland

Die Neue Rechte geht, wie alle Teilsegmente der extremen Rechten, von einer **Ungleichheit** der Menschen aus. Ihnen geht es um ein **ethnisch reines Deutschland**, welches durch Feinde von außen (Flüchtlinge, Migranten, Muslime) und von innen (liberale und linke Journalisten, Gewerkschaften, Politiker*innen) zerstört wurde bzw. wird. Was bei der NPD und den neonazistischen Kameradschaften **»Volkstod«** heißt, nennen die Identitären **»großen Austausch«**. Sie sprechen nicht von **»Rassentrennung«**, sondern von **»Ethnopluralismus«**. Dabei geht es jedoch um dasselbe: Jedes Volk, jede Kultur hat ihren angestammten Platz auf der Erde. Ein Austausch, eine **»Vermischung«** untereinander führt zum Verfall der jeweiligen Kultur. Diese Trennung nach Kulturräumen basiert auf einem Differenzdenken, in dem Menschen nur in ihrer ethnisch-kulturellen Identität – und nicht in ihrer Subjektivität und Individualität – in einem unabänderlichen Ganzen aufgehen können. Diese Kollektive stehen sich in einem **einfachen Freund-Feindschemata** gegenüber. In dieser Weltansicht besteht ein ständiger **Kampf zwischen den Kulturen**. Das Gesellschaftsmodell der Neuen Rechten besteht auf dem ständigen Ausnahmezustand, selbst wenn ein **»ethnisch-reines«** Deutschland hergestellt werden kann, muss dieses ständig gegen äußere und innere Feinde verteidigt werden. Demokratische Prinzipien wie die Gewaltenteilung, Minderheitenrechte oder einfach das Aushandeln von unterschiedlichen Meinungen sind im **»ewigen Kampf der Kulturen«** lästig und störend. Das was zählt, ist eine **»völkische Nation«**, die sich gegen die ständige Bedrohung von innen, als auch von außen zur Wehr setzt.

Die größte Gefahr, die aktuell von den neurechten Akteuren ausgeht, ist, dass sie durch ihre Taktik eines »Kulturkampfes von rechts« es teilweise schaffen, reaktionäre, antiliberaler, antidemokratische und zum Teil faschistische Inhalte gut zu verpacken, so dass diese auch von einem konservativen bis liberalen Bürgertum aufgenommen und als Teil einer öffentlichen Debatte über Themen wie Migration, Heimat und Kultur angesehen werden. Mit dem Aufkommen der AfD und Pegida wurde hierfür ein öffentlicher Resonanzboden geschaffen, der auch Akteur*innen und Positionen der Neuen Rechten größeres Gehör verschaffte. Jedoch darf man dabei nicht Schein mit Sein verwechseln. Bei der Neuen Rechten handelt es sich in Deutschland um einen eher kleinen Kreis an Personen, die versuchen, regressive, antidemokratische, rassistische und antisemitische Vorstellungen in blumige Worte zu verpacken.

Die Neue Rechte in den Betrieben

Auch in den Betrieben wird die Neue Rechte aktiv, so werden immer mehr Betriebs- und Landesgruppen patriotischer Arbeitnehmer*innen gegründet. Dabei versuchen die Neuen Rechten auch für die Betriebsratsarbeit zu werben. Ein Beispiel dafür ist die Gruppe Zentrum Automobil, in der sich rechte Arbeiter*innen der Automobilbranche organisieren. Studien zeigen, dass Gewerkschaftsmitglieder häufiger die AfD wählen als nicht Gewerkschaftsmitglieder. Diesen Tendenzen müssen wir uns als aktive Gewerkschafter*innen klar entgegenstellen: in den Mittagspausen, in der JAV-Arbeit und auch nach Feierabend – wir stehen für eine offene und plurale Gewerkschaft und Gesellschaft!



Marco Schott hat Soziologie und Erziehungswissenschaften in Mannheim, Leipzig und Jena studiert. Aktuell arbeitet er am Deutschen Jugendinstitut in Halle (Saale). Seine Schwerpunkte sind Radikalisierungsprävention, Neozitismus und Evaluationsforschung. Er ist bei dem Leipziger Dokumentations- und Rechercheprojekt chronik.LE aktiv. Als ver.di-Mitglied ist er an diversen gewerkschaftlichen Bildungsprojekten beteiligt.

Steven Hummel

IDENTI- TÄRE

Hipster-Nazis – Geschichte, Einordnung und Auftreten der Identitären Bewegung

Ein junger Mann mit Bart und nach hinten aufgesetztem Käppi sitzt auf einem Heuballen. Seine kurze Hose lässt seine tätowierten Beine hervortreten. Sein Blick schweift in die Ferne. Ein ganz normales Bild auf Instagram? Auf den ersten Blick schon, wäre da nicht die nicht so leicht erkennbare politische Inszenierung dieses jungen Mannes, welcher einer der Protagonisten der so genannten Identitären Bewegung ist. Aber was ist die Identitäre Bewegung überhaupt und wieso ist es aus antifaschistisch-gewerkschaftlicher Sicht wichtig, darüber Bescheid zu wissen? Der folgende Beitrag soll die Entstehung und Entwicklung der Identitären nachzeichnen, eine inhaltliche Verortung vornehmen sowie ihr Auftreten und ihre Aktionsformen beleuchten.

Entstehung und Entwicklung der Identitären Bewegung

Anfang Oktober 2012 veröffentlicht die in Frankreich aktive Génération Identitaire auf YouTube eine »Kriegserklärung«. Unterlegt mit pathetischer Musik sprechen die Protagonist*innen des kurzen Clips dabei von einem »ethnischen Zusammenbruch« und einer »aufgezwungenen Vermischung«. Das eigene Volk werde durch die aktuelle Politik vernachlässigt. Gegen diese Zustände gelte es aktiv zu werden und sich kämpferisch zu Wehr zu setzen.

Mediale Aufmerksamkeit und Sympathie von rechts bekam die Génération Identitaire durch Besetzung einer im Bau befindlichen Moschee in der französischen Stadt Poitiers am 20. Oktober 2012. Historisch nahmen die Besetzer*innen dabei Bezug auf die Schlacht von Tours und Poitiers im Jahre 732. In dieser wurde der islamischen Expansion auf dem europäischen Festland ein Dämpfer versetzt. Ob diese Schlacht dabei allerdings als herausgehobener Wendepunkt betrachtet werden kann, ist unter Historiker*innen umstritten.

Von Frankreich aus verbreitete sich das Konzept, bereits seit 2012 gab es auch Ableger der Identitären Bewegung in Deutschland. Allerdings waren diese in der Anfangszeit eher ein Internetphänomen, das keine eigenen Aktionen auf die Beine stellen konnte. Dies änderte sich mit der Zeit, vor allem durch die kontinuierliche Aufbauhilfe aus Österreich.

Nach einer Neustrukturierung im März 2016 wurden die Aktivitäten der Identitären sichtbar. Mediale und politische Aufmerksamkeit erhielten die Anhänger*innen durch gut inszenierte Aktionen wie z. B. die kurzzeitige Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016. Im Laufe ihres Bestehens haben sich die Identitären zunehmend professionalisiert.

In Deutschland sind vor allem Rostock und Halle (Saale) wichtige Städte für die Identitären. Hier verfügen sie über sehr aktive Ortsgruppen, Zugang zu Immobilien und weitere Infrastruktur. Aktuell besteht die »Bewegung« aus einer niedrigen dreistelligen Zahl von Anhänger*innen, welche oftmals als Reiskader von Aktion zu Aktion reisen.

Inhaltliche Verortung

Journalist*innen und Politiker*innen tun sich oftmals schwer mit der politischen Verortung der Identitären. Vor allem das hippe und jugendliche Auftreten unterscheidet sie von klassischen Neonazis wie der NPD oder Kameradschaften. Die Identitären lassen sich als Ausprägung der Neuen Rechten verstehen. Ihr Ziel ist eine Kulturrevolution von rechts.

Wesentlicher gesellschaftlicher Widerspruch ist für die Identitären nicht der zwischen Kapital und Arbeit, sondern der zwischen Kulturen. Dabei verstehen sie Kulturen als klar unterscheidbar, unveränderbar und in einem permanenten kriegsähnlichen Zustand gegeneinander befindlich. Abweichung und Andersartigkeit werden als nicht zugehörig definiert. Kultur ersetzt in diesem Verständnis de facto den verpönten Begriff Rasse.

Europa wird für die Identitären von außen bedroht. Es wird dabei als Schicksalsgemeinschaft inszeniert, welche es gegen die »Horden von Muslimen« zu verteidigen gelte. Die Identitären beziehen sich dabei auf das Konzept des Ethnopluralismus. Nach diesem gehöre jeder Kultur gleichberechtigt ihr Platz in der Welt, nur sollen sich diese Kulturen eben nicht vermischen.

In verschwörungstheoretischer Manier sprechen die Identitären in Bezug auf nach Europa kommende Flüchtlinge und Muslime (welche oft gleichgesetzt werden) vom Großen Austausch. Laut diesem werde die autochthone Bevölkerung, also die alteingesessenen Europäer*innen, durch kulturfremde Andere ersetzt. Dies steht dem Streben nach einer möglichst homogenen Kultur natürlich entgegen.

Inhaltliche Anknüpfungspunkte für die Identitären finden sich aktuell vor allem bei der AfD. Trotz Unvereinbarkeitsbeschluss gibt es immer wieder Kooperationen und personelle Überschneidungen.

Auftreten und Aktionsformen

Was die Identitären maßgeblich vom kameradschaftlich-organisierten Neonazismus unterscheidet, ist ihr Auftreten. Mit diesem stellen sie allerdings auch innerhalb der Neuen Rechten ein eigenständiges Phänomen dar, welches sich mit ihrer Schwerpunktsetzung auf Aktion, Jugend, Popkultur und Corporate Identity in den Blick nehmen lässt.

Der überschaubare Pool an Aktionsformen wird von den Identitären immer wieder an verschiedenen Orten wiederholt. Ohne viel Aufwand werden Graffiti angebracht, um Slogans und Forderungen in die Öffentlichkeit zu bringen. So finden sich zum Beispiel regelmäßig an den Sperren an einigen Weihnachtsmärkten Graffitis mit den ironischen Slogans wie »Danke Merkel« und »Multikulti läuft«.

Erste öffentliche Auftritte feierten die Identitären durch die Störung von Veranstaltungen (z. B. von politischen Gegner*innen). Beispielhaft sei hier kurz eine Aktion in Greifswald im November 2018 beschrieben: So stürmten im November 2018 Identitäre eine Veranstaltung der Universität Greifswald zum Thema »Ängste schüren durch rechte Akteure« und entrollten im Vorlesungssaal ein Transparent mit der Aufschrift »Man wird wohl noch seine Meinung sagen dürfen«.

In die mediale Öffentlichkeit schafften es die Identitären mit vermeintlich spektakulären Aktionen wie z. B. der kurzzeitigen Besetzung des Brandenburger Tors im August 2016 oder des Charterns eines Schiffes mit dem Ziel der Verhinderung von Seenotrettung auf dem Mittelmeer im Sommer 2017.

Bei jeder noch so kleinen Aktion werden professionelle Bilder und Videos gemacht und im Internet verbreitet. Dabei greifen die Identitären neben ihren eigenen Webseiten auf eine Vielzahl von Social Media-Kanälen wie z. B. Facebook, Twitter, YouTube und Instagram zurück. Diese Inszenierung in den (sozialen) Medien ist wichtiger als die eigentliche Aktion. Damit erreichen sie neben eigenen Anhänger*innen auch immer wieder Jugendliche, welche sich durch die Aufmachung und das Auf-

treten angesprochen fühlen. Als im Mai 2018 zahlreiche Accounts der Identitären bei Instagram und Facebook gelöscht werden, versetzt dies der »Bewegung« einen harten Schlag.

Zur Wiedererkennung trägt die Corporate Identity der Identitären bei: die Farben schwarz-gelb sowie das eigene Logo der Identitären, das Lambda-Symbol, sind auf allen Veröffentlichungen der Identitären zu sehen. Das Lambda-Symbol stammt aus dem griechischen Alphabet und ist dem Film »300« entlehnt. In diesem kämpfen 300 durchtrainierte und wehrhafte Spartaner gegen eine übermächtige persische Armee. Die Kämpfer opfern sich mit dieser Schlacht für den Bestand des freien Griechenlands. All diese Themen – Wehrhaftigkeit, Kampf und Opferbereitschaft – finden sich auch in der Selbstdarstellung der Identitären wieder. Wie auch die Spartaner im Film sehen sich die Identitären dabei als eine avantgardistische Elite, welche voranschreitet, um den Untergang abzuwehren.

Ebenfalls neu ist das Auftreten mit Gesicht und Namen. So werden die Aktivist*innen nahbar und schaffen Anknüpfungspunkte für jugendliche Lebenswelten. Weiterhin versuchen sie sich dadurch als ungefährliche und nette Nachbar*innen, Arbeitskolleg*innen und Kommiliton*innen zu inszenieren. Dass die Identitären alles andere als ungefährlich und gewaltfrei sind, lässt sich mit vielen Beispielen belegen.

Fazit

Die Identitäre Bewegung mag sich zwar in ihrem Stil von den Neuen Rechten abgrenzen, ihre Ideologie folgt jedoch der gleichen menschenverachtenden Logik. Wir als Gewerkschafter*innen stehen den Identitären daher gemeinsam entgegen – im Betrieb, an der Uni und in der Kneipe.



Steven Hummel studierte Politikwissenschaft in Leipzig und arbeitet beim Deutschen Jugendinstitut in Halle. Er ist bei dem Leipziger Dokumentations- und Rechercheprojekt [chronik.LE](http://www.chronikle.org) (www.chronikle.org) aktiv. Als ver.di-Mitglied ist er an diversen gewerkschaftlichen Bildungsprojekten beteiligt.

ARGU- MENTE

Hans Stephan,
Marcus Drobny,
Michael Roßner,
Paul Schmidt
& Steven Hummel

Halbwissen, gezielte Falschinformationen und abwertende Einstellungen sind bei den Themen Flucht, Asyl und Migration allgegenwärtig und begegnen uns an vielen Stellen: bei rassistischen Demonstrationen, in sozialen Netzwerken, im örtlichen Sportverein, aber auch bei Kolleg*innen auf der Arbeit und am Tisch mit der Familie.

Einige Personen sind Argumenten nicht zugänglich. Wenn der ehemalige AfD-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, Türken als »Kümmelhändler« und »Kameltreiber« diffamiert, welche zurück an »den Bosphorus zu ihren Lehmhütten und Vielweibern« gehören, scheint eine Diskussion und inhaltliche Auseinandersetzung nicht möglich und sinnvoll. Ebenso wenig, wenn der brandenburgische AfD-Vorsitzende Alexander Gauland eine Staatsministerin »in Anatolien entsorgen« möchte.

Andere Personen sind Argumenten zugänglich. Für die Auseinandersetzung mit solchen Menschen sind die nachfolgenden Seiten gedacht. So kann weit verbreitetem Halbwissen und Falschinformationen begegnet werden. Dazu greifen wir die gängigsten Ressentiments und bekannte populistische Aussagen auf und entkräften diese. Für eine inhaltliche Auseinandersetzung ist eine solche Grundlage aus unserer Sicht unerlässlich. Wir hoffen, euch damit für zukünftige Argumentationen zu unterstützen.

Flucht und Asyl

Migration und Flucht sind so alt wie die Menschheit. Bereits in der Bibel führt Moses sein Volk aus der ägyptischen Sklaverei in ein sicheres Land. Nach der Entdeckung Amerikas wanderten Millionen Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben aus, darunter auch mehrere Millionen Menschen aus Deutschland. Während des Nationalsozialismus flohen viele Menschen aus Deutschland, um nicht der staatlichen Verfolgung und Vernichtung zum Opfer zu fallen. Als durch das so genannte Wirtschaftswunder in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland plötzlich Arbeitskräfte knapp wurden, hat Deutschland diese gezielt aus anderen Staaten angeworben. Historisch betrachtet ist Deutschland schon immer ein Land gewesen, aus welchem und in welches Menschen migriert und geflohen sind.

Die Gründe für Migration und Flucht sind dabei vielfältig. Migration definiert man zunächst einmal als das Verlassen des Wohnortes für mindestens ein Jahr. Dies kann sein, um etwas Neues zu erleben, um bessere Bildungsmöglichkeiten zu nutzen oder einen gut bezahlten Job anzunehmen. Vielleicht aber auch, weil die Familie oder die große Liebe dort wohnt oder am aktuellen Wohnort Krieg herrscht. Ein anderer Grund kann sein, weil man sich als Gewerkschafter*in für Arbeitsschutz einsetzt. Zunehmend zerstören außerdem Naturkatastrophen weltweit immer häufiger die Lebensgrundlage vieler Menschen. Migration ist somit nur bis zu einem gewissen Punkt freiwillig. Flucht hingegen bedeutet immer einen Zwang.

Das Recht auf Asyl

Als Folge der riesigen Fluchtbewegungen während des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkriegs wurde 1948 in der UN-Charta für Menschenrechte Asyl als Menschenrecht definiert. Konkret heißt es dort: »Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen«. Weiterhin wurde 1951 die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet, welche internationale Flüchtlingsrechte garantieren soll. Das Abkommen regelt u. a., dass Geflüchtete nicht an den Ort zurückgeschickt werden dürfen, an dem ihnen Verfolgung droht. Ihnen muss stattdessen Schutz im Aufnahmeland gewährleistet werden.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde mit der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 das Grundrecht auf Asyl eingeführt. So heißt es im Artikel 16a: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Mit der Wiedervereinigung ist der Geltungsbereich des Grundgesetzes auch auf das Gebiet der ehemaligen DDR übergegangen.

Wir in Europa (Deutschland) können doch nicht die ganze Welt aufnehmen!

Aktuell sind ca. 68,8 Millionen Menschen auf der Flucht, Deutschland hat im Vergleich dazu ca. 83 Millionen Einwohner*innen. Die meisten Menschen fliehen innerhalb eines Landes (Binnenflüchtlinge) oder in unmittelbare Nachbarländer. Dies betrifft ca. 80 Prozent der Flüchtenden weltweit. Nur ein kleinerer Teil macht sich auf den gefährlichen, strapaziösen und teuren Weg nach Europa oder die USA.

Am Beispiel Syrien lässt sich dies gut illustrieren. Seit 2011 herrscht dort ein blutiger Bürgerkrieg. Von den 2010 ca. 21 Millionen in Syrien lebenden Personen sind mehr als die Hälfte geflohen oder auf der Flucht. Diese teilen sich wie folgt auf: 6,3 Millionen Menschen innerhalb Syriens sowie 3,6 Millionen in der Türkei, 915.000 im Libanon und 671.000 in Jordanien. In Europa hat Deutschland die meisten Geflüchteten aus Syrien aufgenommen (ca. 770.000). Setzt man die Bevölkerungsgröße in Bezug zu den Flüchtlingszahlen ändert sich das Bild noch einmal drastisch.

| | Bevölkerung | syrische Flüchtlinge | Anteil syrischer Flüchtlinge an der Bevölkerung |
|-------------|-------------|-------------------------|---|
| Deutschland | 83 Mio. | 0,77 Mio. | 0,93 % |
| Türkei | 82 Mio. | 3,60 Mio. | 4,39 % |
| Libanon | 6,23 Mio. | 0,91 Mio. | 14,69 % |
| Jordanien | 9,53 Mio. | 0,67 Mio. | 7,04 % |

Wir in Deutschland können doch nicht die Probleme der Welt lösen!

Die deutsche Wirtschaft ist international eingebunden. Ein maßgeblicher Teil des guten Lebens in Deutschland bzw. Westeuropas und der USA wird auf dem Rücken des globalen Südens ausgetragen. Deutschland hat daher ebenfalls eine globale Verantwortung.

Eine weitere Grundlage des Reichtums des globalen Nordens (und somit auch Deutschlands) sind die globalisierten Produktionsbedingungen. Bodenschätze werden unter Ausbeutung der Menschen in afrikanischen oder südamerikanischen Staaten gewonnen und dann zu hochwertigen Produkten weiterverarbeitet. Für die Menschen, welche die Rohstoffe fördern, reichen die Löhne dabei kaum zum Überleben – mitunter erhalten sie nicht einmal einen US-Dollar am Tag.

Zugleich verdienen bspw. die Staaten der EU viel Geld damit, subventionierte oder überproduzierte Lebensmittel wie Getreide und Geflügel in afrikanische Staaten zu exportieren. Kleinere lokale Nahrungsmittelproduzenten werden durch die billigen europäischen Produkte in den Ruin getrieben und den Menschen somit ihr Einkommen und ihre Versorgungsgrundlage geraubt. Die Probleme der Welt hängen also eng mit unserem Reichtum zusammen.

Asylsuchende nehmen Deutschen die Arbeit weg!

Laut einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages konnten 2017 rund 34 % der deutschen Firmen ihre Ausbildungsplätze nicht voll besetzen – Tendenz steigend. Es ist also im Gegenteil eher so, dass es mehr Menschen bräuchte, um alle anfallende Arbeit zu erledigen.

Je nach Herkunftsland und Status dürfen Asylsuchende in den ersten drei Monaten gar nicht arbeiten. Menschen mit geringer Chance auf eine Anerkennung im Asylverfahren dürfen häufig überhaupt nicht arbeiten. Wenn eine Arbeitserlaubnis erteilt wird, ist der Zugang zum Arbeitsmarkt teilweise eingeschränkt: die »Vorrangprüfung« sieht vor, dass zuerst Deutsche, danach EU-Bürger*innen und andere Ausländer*innen einen Job bekommen, bevor ihn Geflüchtete erhalten. Menschen die in Deutschland mit dem Rechtsstatus der Duldung leben, brauchen zum Arbeiten grundsätzlich die Zustimmung der Ausländerbehörde. Nach vierjährigem Aufenthalt in der BRD ist diese Zustimmung in der Regel nicht mehr erforderlich. Wer in einer Erstaufnahmeeinrichtung untergebracht ist, kann grundsätzlich keiner Beschäftigung nachgehen. Diese Zeit verbringen die Menschen mit einer ungewissen Perspektive und langem Warten. Langezeit ist also vorprogrammiert. 2016 hat die Bundesregierung die Vorrangprüfung in weiten Teilen Deutschlands testweise für drei Jahre ausgesetzt.

Aufgrund fehlender Sprachkenntnisse und der fehlenden Anerkennung von Zertifikaten sowie Zeugnissen haben es Geflüchtete auch bei Erteilung einer Arbeitserlaubnis häufig schwer auf dem Arbeitsmarkt.

Wusstest du, dass viele Deutsche in der Schweiz arbeiten? Hier sind die Löhne im Vergleich zu Deutschland deutlich höher, weswegen Deutsche diese Jobs vor allem wegen der finanziellen Perspektive annehmen. Bei einigen kommt mit der Zeit die Liebe und Familie hinzu, sodass sie für immer in der Schweiz bleiben und de facto dort Arbeitsplätze besetzen.

Wer soll das nur bezahlen? Wir haben nicht genug Kohle, um das Sozialamt für die Welt zu sein!«

Knapp 345 Milliarden Euro sieht der Bundeshaushalt für 2019 an Einnahmen vor. Für Flüchtlinge wurden 2018 14,8 Milliarden Euro ausgegeben, was 4,9 Prozent des Bundeshaushaltes entsprach. Das Geld ist also da. Außerdem zahlen Geflüchtete ebenfalls Steuern: auf Produkte, die sie kaufen oder wenn sie einer Arbeit nachgehen. Ein Teil des Geldes fließt also an den Staat zurück. Als eine der stärksten Volkswirtschaften weltweit gibt es in Deutschland großen Reichtum, über den allerdings nur relativ wenig Menschen verfügen. Diese Verteilung ist auch eine politische Frage. So kann der Staat einen Teil dieser Vermögen über Steuern an den ärmeren Teil der Bevölkerung umverteilen, zu dem Geflüchtete in Deutschland häufig gehören.

Mit konkreten Gesetzesänderungen kann der Staat die Situation von Geflüchteten verbessern und es den Menschen ermöglichen, eigenständige Lebensperspektiven aufzubauen. Eine Integration in den Arbeitsmarkt schafft z. B. nicht nur sicherere Lebensperspektiven für Geflüchtete, sondern entlastet auch den deutschen Staat.

›Echte‹ politisch Verfolgte sollten wir sofort aufnehmen, aber bei denen handelt es sich doch vor allem um ›Wirtschaftsflüchtlinge‹!

Die Rede vom ›Wirtschaftsflüchtling‹ macht eine Trennung auf, die die Realität in deren Herkunftsländern verkennt, denn Krieg, politische Konflikte, Armut und Hunger sind oft miteinander verschränkt. Durch die Bezeichnung ›Wirtschaftsflüchtling‹ werden diejenigen, die vor Krieg und Gewalt fliehen, gegen die ausgespielt, die wegen Hunger, Perspektivlosigkeit und Armut ihre Heimat verlassen. Ihnen werden legitime Fluchtgründe abgesprochen und vorgeworfen, sich »bei uns ein schönes Leben machen zu wollen«.

Aber woher kommen der Hunger und die fehlenden Perspektiven? Diese können die Folge von (Bürger-)Kriegen sein. Sie können aber auch die Folge des kapitalistischen Weltmarktes sein, der die Länder des globalen Südens benachteiligt und Armut verursacht. Oder sie sind Folge von Dürrekrisen und Überflutungen als Folge des Klimawandels. Die Perspektivlosigkeit der Geflüchteten, die Menschen dazu bringt, sich auf gefährliche Fluchtrouten zu begeben, hat globale Gründe. Wer Menschen, die aufgrund einer fehlenden oder zerstörten Lebensgrundlage nach Europa kommen, als ›Wirtschaftsflüchtlinge‹ bezeichnet, die »nur in unser Sozialsystem wollen«, blendet die Not dieser Menschen bewusst aus.

Geflüchtete wollen nur in den Genuss staatlicher Sozialsysteme kommen!

Das Sozialsystem der BRD ist dafür da, dass alle Menschen in Deutschland eine Lebensgrundlage haben. Wer jedoch schon mal in den »Genuss« von Leistungen wie Arbeitslosengeld II gekommen ist, weiß, dass der deutsche Staat in aller Regel keine Geschenke verteilt. 354 Euro Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stehen Geflüchteten in Deutschland zu, das sind 15 Prozent weniger als das Existenzminimum nach Arbeitslosengeld-II-Regelsatz. In Erstaufnahmeeinrichtungen können Asylsuchenden davon 135 Euro in bar als »Taschengeld« ausgezahlt werden, der Rest wird in Form von Sachleistungen übergeben.

Richtig ist, dass der deutsche Staat, wie auch bei anderen Personengruppen, für die Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden aufkommt – zumindest in den ersten Monaten, bis sich diese mit einer eigenen Wohnung und einem eigenen Job eine unabhängige Lebensperspektive aufbauen können. Im Asylverfahren stehen Asylsuchenden gerade einmal sechs Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung. Teilweise dürfen sich Geflüchtete nicht selbst versorgen, sondern müssen im Supermarkt mit Gutscheinen bezahlen. Diese dürfen sie nur für bestimmte Produkte und nur in bestimmten Geschäften einlösen. Selbstbestimmung sieht anders aus.

Es sind nicht die staatlichen Leistungen in Deutschland, die Menschen zur Flucht bewegen, sondern lebensbedrohliche Zustände wie Krieg, Verfolgung und Umweltkatastrophen.

Wenn das Mittelmeer so gefährlich ist, dann sollen Geflüchtete doch das Flugzeug nehmen!

Es ist auf den ersten Blick unverständlich, warum Geflüchtete in Zeiten eines weltweit ausgebauten Flugnetzes die lebensbedrohlichen Strapazen und Risiken einer Flucht durch Wüsten sowie über das Mittelmeer und militarisierte Grenzen hinweg auf sich nehmen. Am Geld liegt es nicht. Die Schlepper sind teurer, als es ein Flugticket wäre. Der Grund ist vielmehr die EU-Richtlinie 2001/51/EG, nach der die Fluggesellschaften die Rückreisekosten von Passagieren tragen, die von den Grenzbeamt*innen zurückgewiesen werden. Fluggesellschaften achten deshalb penibel darauf, ob Menschen gültige Einreisedokumente besitzen.

Um legal einzureisen, bräuchten die Geflüchteten ein Visum der deutschen Botschaft. Das erhalten aber, wenn überhaupt, nur Studierende, Fachkräfte und Teile der jeweiligen nationalen Elite. Denn um ein Visum zu erhalten, müssen Menschen den Beamten versichern können, dass sie nach Ablauf ihres Visums wieder in ihr Herkunftsland zurückkehren. Weniger privilegierte Menschen können diesen Nachweis nicht erbringen und haben ja häufig tatsächlich das Ziel, in Europa Asyl zu beantragen. Da Flugreisen also unmöglich gemacht werden, müssen Menschen, die vor Gewalt fliehen, enorm gefährliche Wege auf sich nehmen. Viele von Ihnen überleben diesen Weg nicht.

Die wollen doch unter sich bleiben, anstatt sich zu integrieren!

Unserere Gesellschaft besteht aus unterschiedlichsten Individuen. Kindern und Erwachsenen, Paaren und Singles, Arbeiter*innen und Arbeitssuchenden, Gewerkschafter*innen und Arbeitgeber*innen, Stadt- und Landbewohner*innen sowie Menschen mit und ohne Fluchtgeschichte. Diese Unterschiedlichkeit und Individualität ist, was unsere Gesellschaft ausmacht. Dennoch gibt es oftmals eine Vorstellung davon, wie Menschen, die nach Deutschland kommen, sich zu verhalten und woran sie sich anzupassen haben. Dabei ist kein Mensch verpflichtet, sich den Normen der Mehrheitsgesellschaft anzupassen. Wer Integration in die Mehrheitsgesellschaft einfordert, nimmt es mit dem Recht auf individuelle Freiheit nicht sehr genau.

Einige Geflüchtete sehen auch gar keine Perspektive in Deutschland und wollen schnellstmöglich, wenn die Krise vorbei ist, zurück in ihr Herkunftsland. Außerdem ist es naheliegend, sich in der schwierigen Lage, in der sich Geflüchtete befinden, erstmal mit Menschen, die sich in einer ähnlichen Lebenssituation befinden, kurzzuschließen – vor allem wenn es Sprachbarrieren gibt.

Allerdings wird es denjenigen, die sich in bestehende Systeme und Strukturen in Deutschland einbringen wollen, auch nicht gerade leicht gemacht. Geflüchtete erleben teilweise alltäglichen Rassismus und auch die staatliche Politik befördert die Trennung von Staatsbürger*innen und Geflüchteten – durch Arbeitsmarktbeschränkungen, fehlende Plätze in Sprachkursen und der räumlichen Abschottung durch das Leben in Unterkünften.

Hier sind die deutsche Bevölkerung und der Staat gefragt. Erstere können gegen Alltagsrassismus vorgehen oder Geflüchteten konkret in ihrer Situation unterstützen, letzterer muss an der rechtlichen Situation etwas ändern. Die Forderung nach Integration ist somit keine Einbahnstraße. Sie kann sich nicht ausschließlich an Zugewanderte richten, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wir nur alle gemeinsam lösen können.



Hans Stephan studierte den Master Gesellschaftstheorie an der Universität Jena. Momentan bereitet er eine Promotion zur subjektiven Erfahrung von Arbeitsprozessen in Logistikbetrieben vor. Außerdem engagiert er sich ehrenamtlich in der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit.

Marcus Drobny ist Projektkoordinator des Bildungsprojektes »Fakten statt Populismus«. Er ist gelernter Lehrer und hat sich in der außerschulischen Bildungsarbeit auf die Themenfelder Flucht und Asyl, Rechtsextremismusprävention und soziale Ungleichheit spezialisiert.

Michael Roßner ist studierter Sonderpädagoge aus Leipzig und Trainer für den Projekttag »Fakten statt Populismus«. Neben der gewerkschaftlichen Jugendarbeit engagiert er sich als Teamer in antirassistischen Bildungsprojekten.

Paul Schmidt ist Landesbezirksjugendsekretär von ver.di in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. Er gehört zur Gründungsgeneration des Projekts »Fakten statt Populismus« und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit außerschulischer Bildungsarbeit.

Steven Hummel ist Sozialwissenschaftler und lebt in Leipzig. Hier ist er u. a. am Dokumentationsprojekt chronik.LE beteiligt. Er interessiert sich besonders für die Themenfelder Neonazismus, Rechtsterrorismus sowie rechte Medien und Organisationsformen.

GLOSSAR

Dr. Mark Haarfeldt

Begriffe

Was für Begriffe sollten wir kennen, wenn wir über die Neue Rechte reden? Welche Kleidungsmarken werden von Neuen Rechten als Erkennungsmerkmale getragen und was hat es mit verschiedenen Zahlencodes auf sich, die in der rechten Szene genutzt werden?

Antiamerikanismus: Bestandteil verschiedener Verschwörungstheorien, die umfassend die USA als Feind der deutschen Nation erklären. Die USA wird als herausragend kapitalistisch und imperialistisch bezeichnet. Dazu kommt, dass die USA als Bildnis für Individualität und Konsum stehen, was nach Ansicht von extrem rechten Denkern der »deutschen Lebensweise« widerspreche. Der Antiamerikanismus ist häufig mit antisemitischen Stereotypen aufgeladen, wobei davon ausgegangen wird, eine konstruierte Weltverschwörung würde die Geschehnisse auf der Welt lenken.

Antiziganismus: Eine feindselige Haltung gegenüber Sinti und Roma, die Ablehnung, Ausgrenzung, Vertreibung bis zu Tötungsabsichten beinhaltet. Vorausgehend existieren Stereotype, die die Lebensweise von Sinti und Roma ablehnen oder ihnen ein gesellschaftlich-destruktives Verhalten nachsagen. Sinti und Roma werden hierbei als nicht ebenbürtig und keinen gesellschaftlichen Normen entsprechend gesehen. Antiziganismus ist ein internationales Problem, das in allen Milieus vorkommt.

Autoritarismus: Ein gesellschaftspolitischer Ansatz, der demokratische Teilhabe aller Menschen einschränken oder gar ganz abschaffen möchte. Diese Form des gesellschaftlichen Aufbaus ist häufig elitär, womit dann Diskussionen um die Gesellschaft in der Breite abgeschafft werden.

Elitarismus: Eine Denkweise, die eine Gesellschaft in eine kleine Elite und eine große Gruppe von Ausführenden oder Untergebenen teilt. Die Vorstellung, dass Eliten gesellschaftspolitische Verantwortung haben und Entscheidungen treffen, ist ein uraltes Phänomen der Menschen. Begründet werden solche Herrschaftsansprüche häufig damit, dass die Elite »Verantwortung« übernehme und damit auf »natürliche« oder »religiöse« Weise über die große Mehrheit herrschen könne.

Homophobie: Die Abwertung oder Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Diese irrationale Form der Ablehnung basiert auf der Annahme, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften keine »natürlichen Zustände« seien, also gegen ein nicht vorhandenes Naturgesetz verstoßen. Dieser repressive Blick auf das Private ist dahingehend meist mit der Vorstellung gekoppelt, dass es sich um eine Krankheit handele, die nur durch entsprechende Therapie »geheilt« werden könne. Besonders fundamental-religiöse Strömungen lehnen Homosexualität ab. Auch bei anderen Strömungen wird gleichgeschlechtliche Partnerschaft oft verneint. Ein oft gehörtes Argument ist, dass dadurch ein Volk aussterben würde, da keine Kinder mehr geboren werden. In der Öffentlichkeit zeigt sich Homophobie nicht nur durch verbale Angriffe, sondern auch körperliche Gewalt.

Nationalismus: Eine politische Strömung, die eine imaginäre Einheit – nämlich die Nation – als wichtigsten Bestandteil der Ordnung der Gesellschaft sieht und über die Zugehörigkeit zu einer Nation Abgrenzung ermöglicht. Nationalismus ist eine politische Strömung, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts global in Erscheinung tritt und die Einteilung der Welt geprägt hat. Er dient häufig als Begründung, warum ein Land oder eine Region existiert und von einer Ethnie beherrscht wird. Die Begründung ist oft mit einer abwertenden Haltung gegenüber anderen Ethnien verbunden.

Neoliberalismus: Eine Strömung, die mehrere unterschiedliche Ausprägungen und Nuancen hat. Für einen Großteil der extremen Rechten ist hierbei entscheidend, dass der Neoliberalismus auf zwei wichtigen Funktionen basiert. Zum einen soll die Wirtschaft möglichst ohne Regeln und Gesetze agieren können. Der Staat soll nur in den Wirtschaftsablauf eingreifen, wenn es diesem schlecht geht. Alle anderen Entscheidungen, die auch die gesamte Gesellschaft betreffen, solle die Wirtschaft eigenständig fällen. Zum anderen gilt es, die staatlichen Sozialsysteme zu minimieren.

Dresscode & Bekleidungsmarken

Modische Accessoires und Kleidung spielen in der extrem rechten Szene eine immer größere Rolle. Sie dienen der Identifikation zwischen Gleichgesinnten und der Zurschaustellung der eigenen Ideologie. Viele extrem rechte Versandhäuser konnten ihren Gewinn in den letzten Jahren enorm steigern. Deshalb gibt es hier eine Auswahl der auffälligsten Label. Dazu sollen außerdem Kleidungsmarken vorgestellt werden, die nicht aus der extrem rechten Szene stammen, aber von ihren Anhänger*innen getragen werden.

Alpha Industries: Eine Kleidungsmarke aus den USA, die besonders das Militär beliefert und bei Jugendlichen z. B. in der Hip-Hop-Szene beliebt ist. Die extrem rechte Szene erkennt in dem Logo von Alpha Industries eine Ähnlichkeit mit dem Emblem der »Sturmabteilung« (SA), der paramilitärischen Organisation der NSDAP. Die Firma hat keinen Bezug zur rechten Szene, weder in den USA noch in Europa.

Ansgar Aryan: Im thüringischen Oberhof gegründete Marke. Mit dem Zusatz »Eighty Eight Crew«, also »88« für »Heil Hitler«, ist ein klares Bekenntnis zur neonazistischen Szene gegeben. Übersetzt heißt Ansgar Aryan »Arischer Ansgar«, wobei Ansgar ein beliebter nordeuropäischer Name ist. Damit soll die Verbindung zwischen nordischer Mythologie und nationalsozialistischer Gesinnung dargestellt werden. Die Motive sind häufig mit kämpfenden Wikingern versehen, die Krieg und Kampf glorifizieren.

Consdaple: wurde vom langjährigen Funktionär der rechtsextremen Parteien »Die Republikaner« und NPD, Franz Glasauer, gegründet. Der Name »Consdaple« wurde bewusst gewählt, da beim Tragen mit einer geöffneten Jacke die Abkürzung »NSDAP« hervorsticht und somit eine klare Szenezugehörigkeit hervorkehrt. Das Logo ähnelt in der Gestaltung stark dem ebenfalls in der Neonaziszene getragenen Modelabel »Lonsdale«, das sich jedoch seit Jahren von neonazistischen Kunden distanziert. Der Schriftzug ist in Kombination mit einem Adler erhältlich, der dem Wappentier aus der Zeit des nationalsozialistischen Deutschlands ähnelt.

Erik and Sons: Eine 2009 von Neonazis aus Königs Wusterhausen (Brandenburg) gegründete Marke. Sie verbindet Motive der nordischen Mythologie mit einer nationalsozialistischen Symbolik, die nicht illegal ist. Außerdem werden auch T-Shirts mit Slogans wie »My favourite colour is white« oder »Überflieger« in Verbindung mit einem Kampfflugzeug der Wehrmacht verkauft. Erik and Sons soll enge Verbindungen zu der »Hilfsgemeinschaft nationaler politischer Gefangener und deren Angehörige« (HNG) haben, einer Organisation, die inhaftierte Menschen aus der rechtsextremen Szene unterstützt, um sie weiterhin an die Szene zu binden. Geld aus dem Verkauf der Kleidung fließt in den Fonds der HNG.

Fred Perry: Die vom gleichnamigen englischen Tennisspieler jüdischen Glaubens 1947 gegründete Marke ist vor allem durch hochpreisige Polo-Shirts bekannt geworden. Das Logo, ein Lorbeerkranz, das Symbol der Sieger, wurde ein stilbildendes Element der extremen Rechten. Besonders Variationen von Poloshirts mit einem schwarz-weiß-rotem Kragen, dessen Farben eine Analogie zur deutschen Reichsflagge darstellen sollen, ist unter Neonazis beliebt. Das Unternehmen distanziert sich von jeglichem Rassismus und weist ausdrücklich darauf hin, dass ihr Begründer jüdischen Glaubens war.

Lonsdale: Die 1960 in Großbritannien gegründete Sportmarke führt ihren Namen auf den 5th Earl of Lonsdale zurück, der Ende des 19. Jahrhunderts den Boxsport in Großbritannien vorantrieb. Seit den 1980er Jahren ist die Marke bei unpolitischen Skinheads beliebt. Das Aufsplittern der Skinheadbewegung in verschiedene politische Strömungen führte dazu, dass ab Ende der 1980er Jahre die Marke auch von Rechtsextremist*innen getragen wurde. Dazu kam, dass im Wort »Lonsdale« die Abkürzung »NSDA« vorhanden ist, was in der rechtsextremen Szene als Abkürzung für NSDAP gedeutet wird. Bei entsprechendem Tragen einer Jacke war die Abkürzung Erkennungssymbol in der neonazistischen Szene.

Anfang der 2000er Jahre reagierte die Firma und entwickelte mehrere Kampagnen, die sich gegen Rassismus in der Gesellschaft richteten. Ebenso unterstützt sie antirassistische Fußballvereine oder -Projekte, da auch Fußballfans mittlerweile Lonsdale-Kleidung tragen. Lonsdale

wird aus diesen Gründen immer weniger in der extrem rechten Szene gekauft. Diese greifen stattdessen auf die Marke »Consdaple« zurück, die aus der Szene stammt.

Masterrace Europe: Übersetzt heißt die Modemarke »Herrenrasse Europa« und geht somit von einer Überlegenheit der eigenen Rasse aus, die ausschließlich »weiß« sein muss. Das Konzept der »überlegenen weißen Rasse« basiert auf einem tiefen rassistischen Verständnis und schreckt vor Gewalt nicht zurück. Die Marke will eine rassistische Überlegenheit ausdrücken, die als natürlich angesehen wird. Gegründet wurde die Marke von Siegfried Birl aus Bayern, der sich in den 1990er Jahren bei der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« engagierte und u. a. an den »Rudolf Heß Aktionswochen« teilnahm – einer Kundgebung zur Verherrlichung des Stellvertreters Adolf Hitlers, Rudolf Heß, der in der rechtsextremen Szene als Märtyrer bezeichnet wird. Die Produkte werden fast ausschließlich von Versandhändler*innen und Läden der rechtsextremen Szene vertrieben.

Pit Bull Germany: Diese Marke ist wegen ihrer Darstellung der aggressiven Hunderasse auf verschiedensten Kleidungsstücken wie Jacken, T-Shirts und Pullovern vor allem im Rocker- und Hooliganmilieu sehr beliebt. Die aus Frankfurt am Main stammende Firma war wegen der fließenden Übergänge zwischen den verschiedenen Szenen Anfang der 1990er Jahre bei Neonazis äußerst populär. Als das Tragen der Marke im Jahr 2001 an einer Schule untersagt wurde, distanzierte die Firma sich deutlich von jeglichen rassistischen Tendenzen.

Thor Steinar: Eine 2002 von Axel Kopelke und Uwe Meusel in Brandenburg gegründete Marke mit mittlerweile siebenstelligem Jahresumsatz. Sie unterhält Geschäfte nicht nur in Deutschland, sondern expandiert seit 2015 auch nach Osteuropa. Seit 2009 gehört sie der Firma MediaTex GmbH aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, die keinerlei Probleme mit den inhaltlichen Motiven hat. Obwohl nun kein Angehöriger der rechtsextremen Szene das Modelabel kontrolliert, ist Thor Steinar als Marke weiterhin für die rechtsextreme Szene gedacht.

Zu Beginn stellte das Thor-Steinar-Logo die Tyr- und Siegrune dar. In Kombination ähnelt das Logo der Wolfsangel, einem verfassungsfeindlichen Symbol, das im Zweiten Weltkrieg Symbol der 2. SS-Panzer-Division »Das Reich« war. In den 1980er Jahren war sie Symbol der teilweise rechtsterroristischen »Volkssozialistischen Bewegung Deutschland«, die 1984 verboten wurde. Die Wolfsangel darf deshalb nicht im Kontext rechtsextremistischer Organisationen oder Gruppen genutzt werden, ist aber z. B. auf Stadtwappen oder unpolitischen Abbildungen nicht verboten. Aus diesem Grund veranlasste das Amtsgericht Königs Wusterhausen 2004 die Beschlagnahmung aller Kleidungsstücke mit diesem Emblem. Daraufhin entwickelte Thor Steinar ein neues, verfassungskonformes Logo.

Musik

Musik ist für die extrem rechten Szene ein wichtiger Faktor, der mehrere Ebenen bespielt und auch bei jüngeren Menschen dazu führt, sich extrem rechten Organisationen anzunähern. So produzierte die NPD mehrere Auflagen der »Schulhof-CDs«, auf der bekannte Szenebands Songs beisteuerten. Die CD wurde überwiegend vor Schulen verteilt. Die Gesamtauflage betrug insgesamt über 50.000 Stück. Durch die Musik soll eine emotionale Bindung geschaffen werden, um politische Botschaften zu vermitteln. Neben den klassischen Genres wie Rock oder Liedermacher*innenmusik, gibt es fast in allen musikalischen Strömungen mittlerweile extrem rechte Interpret*innen. So sind besonders Hip-Hop oder auch Techno immer wieder im Fokus extrem rechter Musiker*innen. Seit den 1980er Jahren wurden hunderte Lieder wegen Volksverhetzung, der Relativierung des Holocaust oder dem Aufruf zur Gewalt indiziert – also verboten.

Eine weitere Funktion von Musik sind Festivals, bei denen die Teilnehmendenzahlen seit 2016 deutlich zugenommen haben. Waren Festivals oder Konzerte noch vor zehn Jahren überwiegend konspirativ organisiert und durchgeführt wurden, änderte sich dies auch. Mittlerweile finden Veranstaltungen auch im öffentlichen Raum statt, um noch mehr Menschen zu erreichen. Solche Veranstaltungen haben gleichfalls den Charakter von Netzwerktreffen, um neue Kontakte zu knüpfen oder Absprachen zu treffen. Dazu kommt der Verkauf von Merchandise der Bands oder Modelabels. Dieser Bereich führte auch zu einem Anstieg des Umsatzes von Versandhäusern in den letzten Jahren, so dass sich dort mittlerweile professionelle Labels entwickelt haben, die europaweit und bis nach Nordamerika agieren.

Symbole & Codes

Das Erkennen einer extrem rechten Gesinnung geschieht neben modischen Accessoires auch über Symbole und Codes, die mitunter auch illegale Handlungen umgehen. Hierbei handelt es sich häufig um Wortabkürzungen, die juristisch nicht belangt werden können. Die Identifikation ist dahingehend auch nicht immer leicht. Auch gibt es Symbole, die durchaus in der extrem rechten Szene Verwendung finden, aber auch von Menschen getragen werden, die keine Anhänger*innen sind.

HKN KRZ: Die Buchstaben-Kombination ist die Verwendung des Wortes »Hakenkreuz« ohne Vokale. Die Verbreitung findet mittlerweile auf vielfältige Art und Weise statt. Das Tragen dieser Kombination ist strafrechtlich nicht relevant. Mittlerweile bedient sich die Szene vermehrt solcher Buchstaben-Kombinationen und umgeht durch diesen Trick die Verfassungswidrigkeit. So gibt es auch die Kombination »NTNAL SZLST«, was die Abkürzung von »Nationalsozialist« ist.

Lambda-Symbol: Das Lambda-Zeichen auf gelbem Grund ist das Logo der »Identitären Bewegung« (IB), die seit 2012 in Deutschland aktiv ist. Das Symbol soll das Wappen der antiken griechischen Stadt Sparta gewesen sein. Die IB nutzt es, um damit ihren elitären Charakter auszudrücken und eine gewisse Stärke zu demonstrieren. Laut der Überlieferung haben angeblich 300 Spartaner ein übermächtiges Heer im 5. Jahrhundert v. Chr. aufgehalten und damit eine Invasion des persischen Reiches nach Griechenland verhindert. Die IB sehen sich in dieser Tradition, um Europa vor vermeintlichen »Invasoren« von außerhalb zu schützen.

Reichsadler: Der Adler ist seit der Antike ein Wappentier, das weltweit existiert. Er ist ein Sinnbild für Macht, Göttlichkeit, Erhabenheit und Stärke. Seit 1871 dient er auch als Wappen des Kaiserreiches, so in der Reichskriegsflagge der Marine und wurde nach 1918 gleichfalls als ein politisches Symbol von autoritären bzw. monarchistischen Parteien und Organisationen benutzt. Die Adaption der Nationalsozialisten mit typischer nationalsozialistischer Symbolik war kein Zufall, sahen sich die Nazis als Restaurateur eines neuen Reiches, das über Europa herrschen

sollte. Auch nach 1945 wurde der Adler zum Wappentier der Bundesrepublik, hatte aber nicht mehr die Stilistik wie vor 1945. Die extreme Rechte nutzt den Adler, der vor 1945 verwendet wurde. Die Verbindung mit dem Hakenkreuz oder verbotenen Runen ist verboten.

Schwarze Sonne: Sie besteht aus zwölf Sigrunen und ist in den 1930er Jahren als NS-Symbol entwickelt worden. Im Gegensatz zu anderen Symbolen, wie dem Hakenkreuz oder Runen, ist die Schwarze Sonne ein Symbol, das durch den Nationalsozialismus geschaffen wurde. Das Symbol ist z. B. in der Wewelsburg in Ostwestfalen zu sehen. Die Wewelsburg fungierte als das »Zentrum des Nationalsozialismus« und diente gleichzeitig als mystisch-esoterische Ordensburg für die »Schutzstaffel« (SS) von Heinrich Himmler. Nach 1945 avancierte die Wewelsburg zu einer Pilgerstätte der Naziszene, entgegen der pädagogischen Aufklärungsarbeit des Museums. Die Schwarze Sonne ist ein beliebtes Tattoo-Motiv, wird aber auch als Kettenanhänger oder in anderen Schmuckarten getragen.

Thors Hammer: Der Hammer von Thor entstammt der germanischen Mythologie. Seine Kraft sei so mächtig, dass nur der germanische Gott Thor ihn benutzen könnte. Dieser Ausdruck von Stärke und der Bezug zur germanischen Mythologie veranlasste die extreme Rechte, den Hammer als Erkennungssymbol zu benutzen. Der Hammer ist dabei kein exklusives Zeichen, das nur von Angehörigen der extremen Rechten getragen wird. Mitunter tragen Fans der Metal-Szene, von mittelalterlicher Folklore oder auch des germanischen Okkultismus den Hammer, ohne eine Verbindung zur extremen Rechten zu haben.

Zahlenkombinationen

Zahlenkombinationen sind weit verbreitet und die extreme Rechte initiiert immer wieder neue Kombinationen, um ihre politische Gesinnung darzustellen. Häufig sind damit Wortkombinationen gemeint, wobei eine Zahl ein Buchstabe im Alphabet darstellt.

18: Die Abkürzung für »A« und »H« und steht für »Adolf Hitler«. Der Zahlencode findet sich z. B. bei der terroristischen Vereinigung »Combat 18«.

28: Seit dem Verbot des internationalen Netzwerkes »Blood and Honour« in Deutschland wird in der Szene der Zahlencode als Bekenntnis zu der Gruppierung benutzt. So existieren T-Shirts wie »28 Supporter« oder im Stil eines Sporttrikots »28 – Ich lass mich nicht verbieten«. Nachfolgestrukturen von Blood and Honour nennen sich z. B. »Division 28« oder »MSC 28«. International wird die Grußformel »828« verwendet, was für »Hail Blood and Honour« steht.

88: Bedeutet »Heil Hitler« und wird häufig als Grußformel verwendet. Die 88 findet Verwendung bei T-Shirts, Tätowierungen und Schmuck.



Dr. Mark Haarfeldt ist Referent im DGB Bildungswerk BUND mit den Schwerpunkten extreme Rechte und Rechtspopulismus. Er ist im Projekt SEDA aktiv, das Beschäftigte, Betriebs- und Personalräte in Betrieben und Verwaltungen zu diesen Themenbereichen fortbildet.

Solidarity Reader

1. Auflage
Berlin, September 2019
5.000 Exemplare

Herausgeber
ver.di Jugend
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

www.verdi-jugend.de
www.aktiv-gegen-diskriminierung.info
www.jav.info
www.ausbildung.info

Konzeption & Redaktion
ver.di Jugend

Gestaltung
Junipakt, Berlin

Druck
DCM, Meckenheim

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

